

Robert J. Bideleux (Swansea)

Siedlungsformen und Dorfstrukturen im südöstlichen Europa

1. Zeit der Wanderungen (vom 6. bis zum 9. Jahrhundert)

Nahezu die gesamte Balkanhalbinsel besteht geografisch gesehen aus einem Netz von Gebirgszügen, Schluchten und Tälern, die die räumliche Isolation ihrer Bewohner, die überwiegend in kleinen verstreuten Siedlungen lebten, bedingt und gefördert haben. Größere Flusstäler (besonders das Morava-Vardar-Tal sowie das Sava- [bosn., kroat., serb., slowen. Sava, ungar. Száva] und das Tal der Maritza [bulgar. Marica, griech. Evros, türk. Meriç]) boten sowohl fremden Invasoren als auch friedlichen Siedlern aus Ost und West leichten Zugang zu dieser strategischen Wegkreuzung zwischen Asien und Europa. „Wäre die Halbinsel eine Ebene anstelle einer sehr gebirgigen und heterogenen Region, hätten sich die verschiedenen Völker wahrscheinlich zu einem beträchtlichen Grad vermischt. Möglicherweise hätte sich auf dem Balkan ein gemeinsamer ethnischer Zweig entwickelt“ (Stavrianos 1958: 12). So aber entstanden auf der Halbinsel ungewöhnlich komplizierte ethnokulturelle Flickenteppiche oder Mosaiken, im Unterschied zu den eher größeren und homogenen ethnokulturellen Einheiten wie im modernen Westeuropa.

Nichtsdestotrotz kann dieser Gegensatz leicht missdeutet werden, und er wird es oft! Die westeuropäischen Nationen umfassen wahrscheinlich ebenso viele verschiedene ethnische und sprachliche „Zweige“, wie sie auf der Balkanhalbinsel existieren. Alle Europäer sind „Mischlinge“. Der grundlegende Unterschied zwischen dem Balkan und Westeuropa besteht nicht in der Anzahl einzelner sprachlicher und ethnischer „Zweige“, die zur Bildung dieser beiden Gebiete beigetragen haben. Der Unterschied liegt vielmehr in den besonderen Umständen, welche einerseits in Westeuropa die extensive Verschmelzung oder Vereinigung von unterschiedlichen ethnischen und sprachlichen „Zweigen“ zu relativ abgegrenzten und homogenen Einheiten ermöglichten und andererseits die gleichermaßen weitverbreitete Bewahrung einzelner ethnischer Identitäten und Zugehörigkeiten auf dem Balkan gewährleisteten. Somit „liegt die Eigenart der ethnischen Entwicklung auf dem Balkan darin, dass nahezu alle Völker, die sich tatsächlich dort niedergelassen haben, im Unterschied zu denjenigen, die nur durchmarschierten, ihre Identität bis in die Gegenwart bewahren konnten“ (ebd.: 13). Dies behinderte die Entwicklung von abgegrenzten Nationalstaaten. Die Gründe hierfür liegen in der physischen Geografie der Balkanhalbinsel und im relativ langen Überleben multikultureller und multiethnischer imperialer Staatsgebilde im Osten Europas,

einschließlich des Balkans. Beide Faktoren haben die Bewahrung der komplexen ethnokulturellen Mosaiken begünstigt, die als charakteristisch für den Balkan gelten, und somit die Begriffe „balkanisiert“ und „Balkanisierung“ geprägt.

Das antike Griechenland, welches gemeinhin als eine „Wiege“ oder „Quelle“ dessen gilt, was wir „westliche“ oder „europäische“ Zivilisation nennen, war genauso fester Teil des „Balkans“ wie jene Gebiete, die heute Albanien, Bosnien, Bulgarien, Makedonien, Montenegro und Serbien bilden. Die zeitgenössische Neigung, den südöstlichen Teil Europas als „weniger europäisch“, „marginal“, „peripher“ oder „fremd“ wahrzunehmen, ist daher offensichtlich unbegründet. Wie modernen Byzantinisten (etwa Haldon 1997: 16) schon länger bewusst ist, war Südosteuropa tatsächlich über Jahrhunderte hinweg entweder die am höchsten oder eine der am höchsten „entwickelten“ Regionen dessen, was wir heute den europäischen Kontinent nennen, und zwar in wirtschaftlicher, technologischer und kultureller Hinsicht.

Gleichzeitig ist es im Hinblick auf Martin Bernal's kontroverse These von den „afroasiatischen Wurzeln der klassischen Zivilisation“ fraglich, ob es sinnvoll ist, eine Kultur „europäisch“ zu nennen, die zu den Hochkulturen des alten Ägypten und Südwestasiens so enge Verbindungen pflegte (Bernal 1987/1991). Die derzeit beliebten kulturellen Unterscheidungen zwischen Europa, Asien und (Nord-)Afrika sind moderne Konstrukte, die dringend hinterfragt werden müssen, nicht zuletzt weil Christentum und Judentum von ihrem Ursprung her genauso „orientalisch“ sind wie der Islam. Dieser entwickelte sich in kulturellen *Milieus*, die stark christlich, griechisch und jüdisch geprägt waren. Letzteres war der ausschlaggebende Grund, weshalb die muslimische Welt (einschließlich des Osmanischen Reichs) Christen und Juden – als den weiteren „Schriftvölkern“ – in beträchtlichem Maße Toleranz und Respekt gewährte. Daher hat das grobe Versäumnis so vieler christlicher Europäer, Muslimen und (bis vor kurzem) Juden gleichermaßen Toleranz und Respekt entgegenzubringen, dort für Befremdung gesorgt.

Ab circa 480 v. Chr. erlebte die klassische griechische Kultur unter den aufkommenden Handel treibenden Stadtstaaten Athen, Sparta, Theben, Argos und Korinth eine Blütezeit. Auch entlang der Küsten des Schwarzen Meers, der Adria, des Ionischen Meers und der Ägäis sowie die Donau hinauf wurden griechische Kolonien gegründet, die den hellenischen Einfluss auf andere Einwohner des Balkans verstärkten, besonders bei den Thrakern (im heutigen Bulgarien und Südromänien), den Illyrern (im heutigen Albanien, Kroatien und Bosnien) und den Makedoniern (die entweder Hellenen oder halb hellenisierte Illyrer waren). Die griechischen Stadtstaaten vergeudeten jedoch ihre Energie und ihre Ressourcen in

ständigen Kriegen untereinander und wurden von Philipp II. von Makedonien (359–336 v. Chr.) und seinem Sohn Alexander dem Großen (336–323 v. Chr.) erobert, dessen weit ausgedehntes und kurzlebiges Reich sich vom Balkan bis nach Ägypten, Südwestasien und zum Pandschab (pers. Punjab, „Fünfstromland“) erstreckte.

Bald danach zog die Balkanhalbinsel die Aufmerksamkeit Roms auf sich. Nach langen Machtkämpfen und kriegerischen Auseinandersetzungen eroberten die Römer 167 v. Chr. Illyrien, 150 v. Chr. den Achäischen Bund griechischer Städte, 146 v. Chr. Makedonien und 106 n. Chr. (das im heutigen Rumänien gelegene) Dakien. In Dakien währte die römische Herrschaft nur von 106 bis 275 n. Chr. Trotz der Diskontinuitäten im Hinblick auf die historisch belegte Anwesenheit eines solchen Volkes in dieser Region sehen sich moderne Rumänen immer noch als Nachfahren romanisierter Daker, Thraker oder römischer Siedler in Dakien.

Es fällt auf, dass innerhalb der hybriden griechisch-römischen Zivilisation, die in römischer Zeit auf dem Balkan entstand, im Süden und im Osten die hellenischen und im Norden und Westen die römischen Einflüsse überwogen. Durch den Bau bedeutender römischer Militär- und Handelsstraßen wurden die großen neuen Städte im Landesinneren besser miteinander verbunden, darunter Singidunum (lat., heute Belgrad), Serdica (lat., heute Sofia), Philippopolis (griech. hist., heute bulgar. Plovdiv, lat. hist. Trimontium, türk. hist. Filibe), Naissus (lat. hist., heute serb. Niš) und Hadrianopolis (griech., heute türk. Edirne) sowie mit den wichtigen Seehäfen wie Dyrrachium (lat., heute alban. Durrës), Thessalonikī (griech., dt. Saloniki), Byzanz, Tomis (griech. hist., heute rumän. Constanța), Odessos (griech. hist., bulgar., türk. hist. Varna, bulgar. 1949–1956 Stalin), Mesembria (griech. hist., heute bulgar. Nesebăr), Spalatum (lat., heute ital. Spalato, kroat. Split) und Tragurion (griech., heute ital. Trau, kroat. Trogir). Im Zenit der mittlrömischen Periode konnten diese blühenden Balkanstädte mit Stolz auf ihre beeindruckenden Tempel, Villen, Paläste, Bäder, Aquädukte und Abwassersysteme blicken; sie beherrschten ihr bäuerlich geprägtes Hinterland und übten weitgehende steuerliche und gerichtliche Kontrolle aus.

Ab dem 2. bis zum 5. Jahrhundert n. Chr. verlagerte sich der Schwerpunkt des Römischen Reichs allmählich vom westlichen in den östlichen Mittelmeerraum. Handel und Finanzwesen waren hier, wo die Haupthandelsrouten zwischen Europa und Asien entlangführten, weit besser entwickelt. Außerdem stärkte das Reich die östlichen Provinzen mit Bedacht, um sich gegen die wachsenden militärischen Bedrohungen aus Mittel- und Nordeuropa, der eurasischen Steppe und Persien zu wappnen. Infolgedessen wurden die Metallverarbeitung, die Waffenproduktion, die Landwirtschaft mit Bewässerungskultur, der Weinbau, die

Schafzucht, die Herstellung von Textilien, die Lederverarbeitung, Kommunikationswege und das Schürfen nach Gold, Silber, Eisen und Blei aktiv gefördert. Dadurch wurde die Landwirtschaft des östlichen Mittelmeerraums produktiver und anpassungsfähiger als ihr westliches Gegenstück. Dies war auch mit dem Umstand verbunden, dass auf dem Balkan die relativ kleinen, unabhängigen, in eigenem Interesse wirtschaftenden Bauern lange Zeit eindeutig in der Überzahl waren – ein deutlicher Kontrast zu Italien, dessen landwirtschaftliche Effizienz dadurch behindert wurde, dass urbares Land überproportional in den Händen meist abwesender, zunehmend achtloser, wohlhabender und korrupter Landbesitzer lag, besonders aus der „Senatsaristokratie“.

Zwar gab es auch in Südosteuropa Großgrundbesitzer aus den Reihen der Senatoren, aber „deren Besitz umfasste kaum mehr als ein Zwanzigstel des Ostens“ und erschien zwergenhaft im Vergleich zu jenen von italienischen Großgrundbesitzern (Treadgold 1997: 114).
Tatsächlich

war die Macht der Senatorenelite im Osten beträchtlich eingeschränkt (...) aufgrund der größeren Städtedichte und weil es in den östlichen Regionen kontinuierlich eine Gruppe mittelgroßer Landbesitzer gab. Daneben existierte eine bedeutende Anzahl von mehr oder weniger autonomen Bauerngemeinschaften, die fiskalisch direkt dem Staat unterstanden; gleichzeitig erlangten die Land besitzenden Eliten im Osten nie in dem Maße Einfluss auf die zentrale herrschende Klasse oder auf die Staatsbürokratie, wie dies bei der westlichen Senatorenklasse der Fall war (Haldon 1995: 17).

Als Kaiser Diokletian (284–305) (der selbst aus einfachen Verhältnissen und aus Dalmatien stammte) erkannte, dass Rom immer weniger in der Lage war, sein allzu ausgedehntes Reich zu kontrollieren, entschied er im Jahr 295, sein Herrschaftsgebiet aufzuteilen. Er führte auch eine systematischere Steuererhebung ein, die auf offiziellen Landregistern basierte und die Verantwortung für die Bezahlung der kaiserlichen Steuern der Dorfgemeinschaft übertrug, was die Schollenbindung der Bauern verstärkte. Im Jahr 312 wurde das Reich jedoch gewaltsam von Kaiser Konstantin I. (312–337) wiedervereinigt, der 324 anstelle der kleinen griechischen Handelskolonie Byzanz eine neue kaiserliche Hauptstadt gründete (nach ihm selbst *Constantinopolis* benannt). Diese hatte am Bosphorus eine strategisch wichtige Position inne und wurde zum Schmelztiegel einer neuen „byzantinischen“ Zivilisation, in der sich griechisch-römisches Heidentum, Philosophie und Kaiserverehrung mit dem „orthodoxen“ Christentum des Ostens vereinigten.

Im Jahr 395 erfuhr das Römische Reich eine zweite, nachhaltigere Ost-West-Teilung. Sie stärkte erneut die griechische Vorherrschaft im „reaktivierten“ Oströmischen Reich (Byzantinisches Reich). Angesichts drohender Invasionen durch sogenannte „Barbaren“ aus Mittel- und Nordeuropa und aus der eurasischen Steppe bot das Oströmische Reich den „Barbaren“ finanzielle Unterstützung und andere Anreize. So wollte man ihren weiteren Angriffen entgehen und leitete damit die Invasionen der „Barbaren“ nach Italien, Spanien und Gallien um. Von diesen Schlägen hat sich das Weströmische Reich nie ganz erholt, und sein letzter Kaiser wurde 476 von germanischen „Barbaren“ abgesetzt. Dagegen sollten die byzantinische und anschließend die osmanische Kaiserherrschaft auf dem Balkan noch weitere 1400 Jahre andauern und dabei im Hinblick auf Justiz, Verwaltung, Kultur und Wirtschaft vieles vom Erbe des Römischen beziehungsweise Oströmischen Reichs weiterführen. Dank seiner ausgesprochen gut zu verteidigenden Lage, des ausgezeichneten natürlichen Hafens und der beherrschenden Stellung an den Schifffahrtswegen zwischen dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meer sowie der Hauptlandverbindung zwischen Europa und Südostasien wuchs Konstantinopel bald auf etwa 500.000 Einwohner. Obwohl sein Überleben wiederholt durch militärische Bedrohungen von außen gefährdet werden sollte, fiel es nur zweimal in Feindeshände (1204 und 1453).

Das Byzantinische Reich bestand von 395 bis 1204, mit einem kläglichen Wiedererwachen zwischen 1261 und 1453. Das Byzantinische Reich hat den Balkan tiefer und nachhaltiger geprägt als die folgenden vier bis fünf Jahrhunderte osmanischer Herrschaft. Was Kunst, Architektur, Brauchtum, Wertvorstellungen, Glaubensrichtungen und physische Erscheinung betrifft, verdanken Dörfer und Städte auf dem Balkan weit mehr dem byzantinisch-christlichen Erbe als den Osmanen und dem Islam. Byzantinische Missionare, Kaufleute und Beamte verbreiteten byzantinische Rechtsvorstellungen, Literatur, Schriftkenntnis, orthodoxes Christentum sowie Kunst und Architektur unter den vielen nichtgriechischen Einwohnern auf dem Balkan. Auch wenn Europas geistliche und weltliche Herrscher weiterhin die Einigkeit des Christentums beschworen, vertiefte sich die Ost-West-Spaltung stetig, bis hin zum formalen „Schisma“ zwischen der römisch-katholischen und der byzantinisch-orthodoxen Kirche im Jahr 1054 und darüber hinaus, was der bislang nachhaltigsten Ost-West-Teilung Europas noch schärfere Konturen verlieh.

Neueren Schätzungen zufolge hatte das Byzantinische Reich im Jahr 457 eine Bevölkerung von etwa sechzehn Millionen; Konstantinopel mit etwa 200.000 Einwohnern und Thessaloniki mit etwa 70.000 waren die einzigen großen Städte im südöstlichen Europa. Im Reich gab es etwa 930 Siedlungen mit dem rechtlichen Status einer Stadt, aber „sie hatten

wahrscheinlich im Durchschnitt nicht viel mehr als 1000 (Einwohner; R. B.). In vielen lebten nur ein paar Hundert Menschen (...). Wie bei Dörfern schloss die Bevölkerung solcher Städte viele Bauern ein, die täglich auszogen, die umliegenden Felder zu bewirtschaften“. Insgesamt „lebten vielleicht eine Million in Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern, vielleicht eine weitere Million in kleineren Städten und grob geschätzt vierzehn Millionen in Dörfern, bei denen niemand auf die Idee verfallen wäre, sie Städte zu nennen“ (Treadgold 1997: 137–142). Bis im 11. Jahrhundert Kleinasien an die seldschukischen Türken fiel, lag die Mehrzahl der Städte des Byzantinischen Reichs nicht auf dem Balkan, sondern in Kleinasien, das im Vergleich zu Südosteuropa wohlhabender und für seine Zeit weiter entwickelt war (Browning 1975: 93 f.). Außerdem befanden sich im 6. Jahrhundert 179 der 265 Städte der Balkanprovinzen und ihrer küstennahen Inseln im Süden – in Thessalien, Achaia, Makedonien, Epirus und auf Kreta; im eher dünn besiedelten und ländlicheren Norden des Balkans gab es weitaus weniger Städte. Die klassische *polis* des Balkans mit Bädern, Theatern, Tempeln, zahlreichen Händlern und Handwerkern und einem relativ autonomen Patriziat war weitgehend auf den griechischsprachigen Süden und Osten beschränkt. Die weiter nördlich und westlich gelegenen Städte in den latinisierteren Regionen von Illyrien, Thrakien und Moesien waren hauptsächlich Festungen (griech. *kastra*) oder Garnisonsstädte jüngerer Datums, in denen Garnisonskommandanten und kaiserliche Beamte herrschten (ebd.: 89–93).

Ab dem Ende des 6. Jahrhunderts verschwimmt die Unterscheidung zwischen polis und kastron (...). Der Begriff kastron hatte drei Bedeutungen – darunter war eine einfache Burg, die Stadtzitadelle oder eine befestigte Stadt im Ganzen zu verstehen. Einige kastra, die vor allem als Zufluchtsorte für die Landbevölkerung im Falle eines Angriffs angelegt waren, boten nur wenigen Bewohnern auf Dauer Platz (...). Kastron, die kaum mehr als befestigte Dörfer darstellten, waren sehr verbreitet, und die (byzantinische; R. B.) Verwaltung behandelte sie im Wesentlichen wie bäuerliche Gemeinschaften (...). Viele der Einwohner eines kastron waren Bauern mit Landbesitz, die in Angelegenheiten von allgemeinem Interesse auf die gleiche Weise miteinander agierten wie Mitglieder einer Dorfgemeinschaft (...). Trotzdem sollte man den ländlichen Charakter byzantinischer Städte nicht überbetonen. Dass Bauern in urbanen Siedlungen lebten, unterschied Byzanz nicht vom Rest Europas. Bis zum 18. Jahrhundert war dieses Phänomen in ganz Europa verbreitet (Harvey 1989: 200 f.).

Diese Beschreibung der byzantinischen *kastra* deckt sich weitgehend mit den verschiedenen Arten von *kastra*, die im ländlichen Griechenland immer noch zahlreich vorhanden sind und sich kaum von kleinen Dörfern unterscheiden.

Kaiser Justinian I. (527–565) brachte weite Teile des früheren Römischen Reichs wieder unter byzantinische Herrschaft. In seiner Regierungszeit wurden die Reichsverwaltung und die Steuereinzahlung sehr viel effizienter gestaltet. Er initiierte teure Bauprojekte, wie die Neubefestigung der ungeschützten nördlichen Reichsgrenzen (an der Donau), oder eine berühmte Kodifizierung des römischen Rechts. Nichtsdestotrotz urteilen die meisten Byzantinisten im Rückblick, dass Justinian letzten Endes sein Reich übermäßig ausgedehnt und es so ungeschützt, zu hoch besteuert, unterversorgt und krisenanfällig zurückgelassen habe.

Ab 527–529 (Evans 1960: 28; Browning 1975: 33) und zunehmend in den vierziger bis sechziger Jahren des 6. Jahrhunderts eroberte und besiedelte eine wachsende Anzahl turkstämmiger Awaren und Bulgaren sowie vor allem Slawen jene Gebiete, die heute Serbien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Makedonien, die griechische Halbinsel, Bulgarien und Südrumänien bilden. Dabei vertrieben sie viele Griechen, Thraker, Illyrer (welche die albanische nationalistische Geschichtsschreibung als „Protoalbaner“ darstellt – für eine genaue Beurteilung siehe Wilkes 1994) sowie romanisierte Daker und Vlach (welche die rumänische nationalistische Geschichtsschreibung als „Protorumänen“ betrachtet) in den Süden oder in die Berge.

Die Slawen veränderten die ethnische Geografie des Balkans entscheidend; sie scheinen vor allem aus der Gegend zwischen der Weichsel, dem Dnjepr und den Karpaten gestammt zu haben, wo sie lange Zeit in kühl-gemäßigtem Klima Viehzucht, Fischerei, Jagd und Landwirtschaft betrieben und in kleinen Siedlungen, die oft an Flussufern lagen, in einfachen Holz- oder Lehmhäusern lebten, die häufig teilweise im Boden versenkt waren, um im Winter mehr Wärme zu geben. Sie waren keine schnellen Reiter wie die nomadischen Steppenkrieger, sondern bewegten sich zu Fuß oder in Einbäumen vorwärts. Sie trugen keine Rüstungen, sondern Schilde, Speere und Bögen, vermieden direkte kriegerische Auseinandersetzungen auf offenem Gelände und nutzten geschickt die Möglichkeiten des Hinterhalts aus. Anscheinend ging ihre politische Organisation nicht über Stammesverbände hinaus, und ihre traditionellen Sippen- und Siedlungsformen, die bislang auf dem System patrilinearer Abstammungsgruppen basierten, scheinen sich dort, wo sie sich unter direkter Kontrolle des Byzantinischen Reichs befanden, allmählich aufzulösen. Die Dörfer verwandelten sich so von Verwandtschafts- zu Territorialeinheiten. Sie haben den Balkan

vermutlich vor allem aufgrund ihrer schier zahlenmäßigen, weniger aufgrund einer militärischen Überlegenheit eingenommen (Browning 1975: 30–32; Evans 1960: 26). Der Zustrom von Slawen auf die Balkanhalbinsel wurde auch dadurch erleichtert, dass im Vorfeld viele Bewohner alter Städte und Festungen diese verließen. Sie waren während zweier Jahrhunderte durch immer neue Überfälle und Invasionen „barbarischer“ Plünderer allmählich Richtung Süden getrieben worden (Browning 1975: 34–42; Haldon 1997: 93, 114).

Höchstwahrscheinlich schwächten die Beulenpestepidemien, welche die einheimische Bevölkerung des Balkans in den Jahren 542, 558, 573, 587, 599–600, 608, 618, 625, 640, 697, 700 und 746–747 dezimierten, das Byzantinische Reich erheblich und schufen ein demografisches Vakuum, das die slawischen Siedler aus dem Norden buchstäblich „einsaugte“ (Biraben, LeGoff 1975: 62–71). Dies erklärt zum Teil, warum das Eindringen der Slawen anscheinend auf so geringen Widerstand stieß und sie im Süden sogar bis zur Peloponnes (Morea) vordringen konnten. Wenn die Beulenpest zwischen 542 und 747 tatsächlich ebenso stark wütete wie während der bekannteren Epidemien des mittleren bis späten 14. Jahrhunderts, so erscheint der Verlust von annähernd einem Drittel der Bevölkerung plausibel. Donald W. Treadgold mutmaßt, dass die Reichsbevölkerung, nachdem sie von sechzehn Millionen im Jahr 457 auf circa neunzehn Millionen im Jahr 540 angestiegen war, bis 610 (innerhalb der Grenzen von 457) auf gerade dreizehn Millionen abgesunken sein könnte, wobei dieser Rückgang weitgehend den Auswirkungen der Pest zuzuschreiben sei (Treadgold 1997: 216, 278).

Von 540 bis 629 wurde das Byzantinische Reich durch seinen langen Machtkampf mit dem neuen Persischen Reich noch weiter geschwächt. In dessen Folge wurde nicht nur Byzanz' Kontrolle über die meisten Gebiete, die Justinian (zurück)erobert hatte, untergraben, überdies wurden beide Seiten zu sehr geschwächt, als dass sie dem kometenhaften Aufstieg der arabischen muslimischen Macht zwischen 636 und 642 hätten Widerstand leisten können. Byzanz verlor in schneller Folge Syrien, Palästina und Nordafrika an die Araber und vermochte der arabischen Expansionswelle erst 738 Einhalt zu gebieten. Dank dieser „Ablenkungen“ gelang es den Slawen und den (turkstämmigen) Bulgaren, ihre großen Gebietszugewinne auf dem Balkan zu konsolidieren.

Im Jahr 1830, als Griechenland seine nationale Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich erlangte, verursachte der Historiker Jakob Philipp Fallmerayer einen Aufruhr. Er behauptete, im Laufe des 6. und 7. Jahrhunderts seien die Griechen von slawischen Siedlern vollständig von der griechischen Halbinsel vertrieben worden. Damit erkannte er der angeblich wenig

herausragenden modernen griechischen Nation jeden Anspruch auf direkte Deszendenz von den außerordentlich kreativen Griechen der Antike ab:

Das hellenische Volk in Europa wurde ausgerottet (...). Die unsterblichen Kunstwerke des Geistes von Hellas und ein paar alte Ruinen (...) sind jetzt die einzigen Zeugen der Tatsache, dass vor langer Zeit ein solches Volk wie die Hellenen existierte (...). Denn durch die Adern der christlichen Bevölkerung des modernen Griechenland fließt kein einziger Tropfen echten, reinen hellenischen Blutes (Fallmerayer 1830: iii, zitiert nach Vasiliev 1952: 177).

Fallmerayers Darstellung ist faktisch stark übertrieben. Zwar wurden weite Teile Nord- und Westgriechenlands und der Peloponnes von Slawen besiedelt und entzogen sich byzantinischer Kontrolle, aber Ost- und Teile Mittelgriechenlands, die ägäische Küste und die größeren griechischen Inseln und Küstenstädte wurden nie von Slawen eingenommen; viele dieser Orte waren von griechischen Flüchtlingen überschwemmt.

Ab dem späten 7. Jahrhundert wurden außerdem die slawisch besiedelten Gebiete Griechenlands nach und nach durch das Byzantinische Reich, die (griechische) orthodoxe Kirche sowie griechische Händler und Kolonisten neu hellenisiert, unterstützt durch die Einführung effektiver byzantinischer Militärbezirke, sogenannter *Themen* (Browning 1975: 39–42). Somit „steht eine dauerhafte Slawisierung griechischen Gebiets außer Diskussion, selbst wenn die Peloponnes über zweihundert Jahre lang unter slawischer Kontrolle stand. Die byzantinischen Autoritäten konnten in Griechenland und den anderen Küstenregionen Schritt für Schritt verlorenen Boden zurückgewinnen“. Allerdings „wurde der größte Teil der Balkanhalbinsel, das gesamte Landesinnere, vollständig slawisch und wurde seitdem in byzantinischen Quellen als ‚Sclavinia‘ bezeichnet“ (Ostrogorsky 1968: 94).

Es bestehen jedoch kaum Zweifel, dass es vom 6. bis zum 8. Jahrhundert aufgrund des Bevölkerungsrückgangs, wiederholter persischer, arabischer, awarischer und bulgarischer Angriffe sowie des massiven Zustroms von Slawen auf dem Balkan zu einem ernsthaften Städteschwund („Ruralisierung“) kam. Die gesunkenen Bevölkerungszahlen verringerten auch die Nachfrage nach und die Produktion von Agrarerzeugnissen und in weiterer Folge an städtischen Gütern und Dienstleistungen.

Zudem verloren die Städte auf dem Balkan die fiskalische und gerichtliche Kontrolle über ihr bäuerlich geprägtes Hinterland; sowohl die Städte selbst als auch der imperiale Staat waren immer weniger in der Lage, die Unterhaltskosten für Gebäude und Befestigungen

aufzubringen. Im Rahmen dieser Entwicklungen stellte Konstantinopel die große Ausnahme dar, da es sich dank seiner kommerziellen, politischen und strategischen Bedeutung vergleichsweise schnell erholte. Für die Misere der Provinzstädte aber gab es keine vergleichbare Linderung – viele von ihnen wurden entvölkert und verlassen (Harvey 1989: 21–28). Über die langfristigen Auswirkungen, die der massive Zustrom von Slawen auf das gesellschaftliche Gefüge und die Agrarlandschaft der Balkanhalbinsel hatte, wird kontrovers debattiert. Eine Reihe russischer Byzantinisten vertritt den Standpunkt, dass mit der großflächigen slawischen Kolonisation gemeinschaftlicher Landbesitz mit regelmäßiger Neuverteilung des Landes eingeführt wurde, ähnlich dem System, wie es sich im zaristischen Russland entwickelte. Am überzeugendsten vertritt Elena Lipšic (1945 und 1947) diese These. Sie stützt sich auf die Ansichten russischer Byzantinisten aus dem 19. Jahrhundert wie Vasilij Vasil'evskij, Fedor und K. N. Uspenskij und deutet das berühmte „byzantinische Bauerngesetz“ aus dem späten 7. oder frühen 8. Jahrhundert als Beweis für die Existenz von Dorfgemeinschaften mit kollektiver fiskalischer Verantwortung und weitreichenden Gemeinschaftsstrukturen.

Wenn man in Betracht zieht, in welchem Ausmaß die Slawen auf der Balkanhalbinsel siedelten, wo die Völker infolge von Epidemien, lokalen Kriegen und häufigen Ernteausfällen dezimiert worden waren, ist die Annahme plausibel, dass die neuen slawischen Siedler ihre eventuell bereits ausgebildeten traditionellen Dorfgemeinschaften und gemeinschaftlichen Landbesitzstrukturen weiterhin praktizieren konnten, obwohl die dokumentarischen Belege in dieser Frage nach wie vor ziemlich dürftig sind. Das Hauptproblem besteht in der Ungewissheit, in welchem Umfang die Slawen tatsächlich bereits Traditionen von Dorfgemeinschaft und gemeinschaftlichen Landbesitzstrukturen entwickelt hatten, bevor sie so zahlreich auf den Balkan strömten.

Für russische Slawophile ist es ein Glaubensartikel, dass die Slawen „seit Urzeiten“ starke Gemeinschaftstraditionen gepflegt haben (Aksakov 1889: 65), und für die sowjetische Geschichtsschreibung ist es Bestandteil des Dogmas, dass die slawische Bauernschaft bis zum 6. oder 7. Jahrhundert starke Gemeinschaftstraditionen entwickelt hat, im Anschluss an oder sogar zeitgleich mit dem Verfall des slawischen Stammesverbandes (Grekov 1959: 99 f.; Liashchenko 1949: 69–71). Aber viele nichtrussische und einige russische Experten für die Geschichte der slawischen Völker bestehen ebenso hartnäckig auf nicht deutlich entwickelte gemeinschaftliche Strukturen und Einrichtungen unter den Slawen, die in der byzantinischen Ära den Balkan besiedelten (Lemerle 1979: 41–46; Kaplan 1992: 185–218; Vasiliev 1952:

245–247; Ostrogorsky 1942: 198 f.; Ostrogorsky 1968: 135 f.), und deren Entstehen unter den Südslawen erst in späteren Jahrhunderten in Form der sogenannten *zadruga*.

Sowohl Forscher in Russland als auch emigrierte Russland- oder Balkanhistoriker behaupten, das slawische System der Dorfgemeinschaft habe sich erst in der frühen Neuzeit entwickelt, zum einen aus fiskalischen Motiven oder um die Freizügigkeit der Bauern zu kontrollieren, zum anderen um die Proletarisierung der Bauernschaft zu verhindern (Struve 1942: 426; Ostrogorsky 1968: 134–136; beide unterstützen implizit die sogenannte „etatistische“ Schule, welche der zaristische liberale Jurist Boris N. Čičerin begründete). Georg Ostrogorsky zufolge gingen die enormen Veränderungen, die sich vom 6. bis zum 7. Jahrhundert ereigneten, nicht so weit, dass sich auf dem Balkan eine Dorfgemeinschaft nach russischem Stil etabliert hätte.

Es ist kaum vorstellbar, dass die alten Landgüter in nennenswertem Umfang die Angriffe der Awaren und der Slawen überlebt haben könnten (...) und dann die der Perser und dann der Araber (...). Soweit ersichtlich ist, verschwanden sie tatsächlich weitgehend und wurden von Kleinbauern abgelöst (...) sowie von den Stratioten, welche die neue Armee der Themen bildete. Somit (...) erfuhr das Landleben einen großen Wandel, der die Gesellschaftsstruktur des Reiches auf eine neue Grundlage und die Weichen für seine Entwicklung neu stellte. Die neue Form des byzantinischen Dorfes spiegelt sich am deutlichsten im berühmten Bauerngesetz (...). Diejenigen Bauern, deren Rechtsbeziehungen durch das Gesetz geregelt werden, sind freie Grundbesitzer. Sie haben keinem Landbesitzer gegenüber Verpflichtungen, sondern nur dem Staat als Steuerzahler. Es gibt keinerlei Beschränkungen ihrer Freizügigkeit. Dies bedeutet nicht, dass es zu dieser Zeit überhaupt keine Leibeigenen gegeben hätte, aber es bedeutet sehr wohl, dass die freie Bauernschaft eine große Klasse bildete (...). Das Bauerngesetz legt großen Wert auf das Recht des individuellen Eigentums. Nichtsdestotrotz bildeten die Bewohner eines Dorfes eine Gemeinschaft (...). Diese Dorfgemeinschaft war aber etwas völlig anderes als jene Art von Gemeinschaftsstruktur mit gemeinsamer Bewirtschaftung und regelmäßiger Neuverteilung des Landes, von der man einmal annahm, sie habe in Byzanz existiert, und deren Ursprung dem Einfluss des ‚primitiven‘ slawischen Gemeinschaftslebens zugeschrieben wurde, den die slawische Migration mit sich brachte. Eine solche Theorie (...) geht von falschen Hypothesen aus; ihre Anhänger hatten die angeblich primitiven slawischen Kommunen nach dem Modell des russischen mir-Systems konstruiert, welches mittlerweile als Produkt einer späteren Periode angesehen wird. In Byzanz gab es niemals

eine (Dorf-; R. B.) Gemeinschaft, die auf der Grundlage von gemeinsamer Bewirtschaftung strukturiert war, und wenn man den Quellen traut, lässt sich auch unter den Slawen keine solche Gemeinschaft finden. Sicher kannte Byzanz (fiskalische Dorf-; R. B.) Gemeinschaften der oben beschriebenen Art, und diese fanden sich lange vor der Besiedlung durch die Slawen (...). Es besteht kein Zweifel daran, dass die Slawen in der Renaissance des Byzantinischen Reiches im 7. Jahrhundert eine extrem wichtige Rolle spielten – aber nicht deswegen, weil sie eine spezifisch slawische Art der Gemeinschaftsstruktur eingeführt hätten (...), sondern weil sie dem geschwächten Staat neue Energie und Kraft brachten (ebd.).

Paul Lemerle vertritt den Standpunkt, das Interesse des Staates, welches sich über das Bauerngesetz ausdrückt, sei ein „rein fiskalisches“ gewesen, und er betont die kollektive fiskalische Verantwortung der Dorfgemeinschaft dem Staat gegenüber. Das Bauerngesetz „zeigt keine Beeinträchtigung oder Einschränkung beim Prinzip des individuellen Besitzrechts“ (Lemerle 1979: 41). Er gesteht zwar zu, dass das Bauerngesetz Hinweise auf die Existenz von Gemeinschaftsland enthält, welches regelmäßig umverteilt wurde, sowie Hinweise auf die gelegentliche Neuzuweisung von Land und fiskalischen Verpflichtungen innerhalb der Gemeinschaft, um die Steuerlast im Falle eines Wegzugs oder der Auflösung einzelner Haushalte auszugleichen. Dies wären jedoch lediglich pragmatische Regulierungsmechanismen gewesen, um Verpflichtungen leichter nachkommen und das Privateigentum Einzelner als Norm erhalten zu können (ebd.: 43–47). Für Lemerle wie für Ostrogorsky war die Bedeutung der slawischen Zuwanderung in erster Linie eine demografische. Land, das infolge langer Kriege, Krankheiten und Wirtschaftskrisen entvölkert war, wurde „erneut mit Arbeitskräften bestückt“, was dem Reich half, sich von demografischen Katastrophen zu erholen (ebd.: 48–50). Lemerle widerspricht jedoch Ostrogorskys Behauptungen bezüglich des Rückgangs von Großgrundbesitz, da dieser nach seiner Ansicht weitgehend intakt, wenn auch nicht ganz unbeschadet, fortbestanden habe; dass im Bauerngesetz Großgrundbesitz nicht erwähnt sei, bedeute nicht, dass er kein Gewicht mehr gehabt habe (ebd.: 51–57). Er stellt auch die Bedeutung von soldatischem Landbesitz als Gegenleistung für Kriegsdienste in Frage, den Ostrogorsky für diese Periode – also bis zum 9. Jahrhundert – für so wichtig erachtet (ebd.: 59).

John Haldon unterstützt weitgehend die Behauptungen Lemerles, was das Bestehen von Großgrundbesitz betrifft, vertritt aber den Standpunkt, dass sich die Zusammensetzung der Land besitzenden Eliten verändert habe: Ein Rückgang von Mitgliedern und Land aus der

alten Senatsaristokratie sei durch den Aufstieg neuer (leistungsorientierterer) „Land besitzender Eliten in der Provinz“ aufgewogen worden, die ihren Wohlstand und Landbesitz aufgrund militärischer und administrativer Fähigkeiten und durch den Staatsdienst mehrten (Haldon 1997: 128–130, 155–172). Er weist jedoch darauf hin, dass die byzantinischen Land besitzenden Eliten, „so mächtig sie auch waren, das Leben in Stadt und Land und die wirtschaftlichen Beziehungen nie in dem Ausmaß beherrschten, wie das im Westen der Fall gewesen zu sein scheint“. Die Macht im Byzantinischen Reich „war weiterhin breiter verteilt, dem Staat gelang es immer, eine effektive Kontrolle über die Finanzen zu behalten, und die ländliche Bevölkerung, obschon unterdrückt und ausgebeutet, blieb doch in gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht heterogener als im Westen“ (ebd.: 31).

Sowjetische Mediävisten behaupteten, der Massenzustrom slawischer Siedler in Dörfer mit den charakteristischen weitreichenden Gemeinschaftsstrukturen habe auf dem byzantinischen Balkan auch einen historischen Übergang herbeigeführt – weg von der alten sklavengestützten Produktionsweise, die eher zweifelhaft als wichtigste agrarische Basis der griechisch-römischen Welt dargestellt wird, hin zu „höher entwickelten“ und autonomeren gemeinschaftlichen Formen bäuerlicher Gesellschaft und Landwirtschaft. Diese wiederum wurden als wegbereitende oder bahnbrechende Faktoren für eine dynamischere Entwicklung der Leibeigenschaft dargestellt, die sowjetische Historiker als Grundlage sowohl einer „höher entwickelten“ (also produktiveren) „feudalen“ Produktionsweise als auch der „Erneuerung“ der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fundamente des Byzantinischen Reichs betrachten (Grekov 1959: 32–37; vgl. auch Haldon 1995: 7 f.). Diese Behauptungen überzeugen jedoch nicht. Obwohl Sklaverei zweifellos existierte, „scheinen Sklaven in der Gesamtproduktion der späten römischen und der byzantinischen Welt keine sehr bedeutende Rolle gespielt zu haben“, weshalb die Sklaverei lange vor der slawischen Zuwanderung durch andere Produktionsweisen ersetzt worden sei (ebd.: 16).

Nichtsdestotrotz hat die Zuwanderung vom 6. bis zum 9. Jahrhundert durch einen starken Zustrom slawischer Bauern mit Sicherheit die Bedeutung der Sklaverei auf dem Balkan verringert und entsprechend die Bedeutung unabhängigen Bauernbesitzes, bäuerlicher Kernsiedlungsformen und relativ autonomer Dorfgemeinschaften mit kollektiver fiskalischer Verantwortung gesteigert, selbst wenn die Sklaverei noch nicht ganz verschwunden gewesen sein sollte (Lemerle 1979: 51, 65; Haldon 1997: 132–141, 152–154). Aufgrund der dünnen Faktenlage kann allerdings kein endgültiges, empirisch gesichertes Urteil gefällt werden.

2. Feudalisierungsprozesse (vom 10. bis zum frühen 13. Jahrhundert)

Die arabischen Eroberungen von Syrien, Palästina, Nordafrika, Spanien, der Balearen, von Korsika, Sardinien, Sizilien, Kreta und Zypern beendeten Europas alleinige Kontrolle über den Mittelmeerraum und unterbrachen die etablierten Handels- und Kommunikationsformen zwischen Europa und Asien. Dies zog vom 7. bis zum 9. Jahrhundert einen temporären Rückgang des Handels in Europa und im Mittelmeerraum nach sich. Dafür nutzte Byzanz vom späten 7. bis zum 10. Jahrhundert seine immer noch bestehende Seemacht im östlichen Mittelmeerraum, um zu verhindern, dass Waren aus Asien (Gewürze, Heilkräuter, Färbemittel, Myrrhe, wertvolle Edelsteine, Seide, Baumwolle, hochwertige Stoffe, Zucker) auf direktem Wege aus syrischen und ägyptischen nach west- und mitteleuropäischen Häfen verschifft wurden. Stattdessen wurden sie über byzantinische Häfen (besonders Konstantinopel) geleitet, wo sehr hohe Zölle, Frachtgebühren und Preisaufschläge eingehoben wurden, bevor sie weiter nach West- und Mitteleuropa ausgeführt wurden, vornehmlich über italienische (besonders venezianische) Zwischenhändler. Dies bereitete den Boden für den Aufstieg der Seehandelsmacht Venedig, die später mit der byzantinischen konkurrieren und diese unterminieren sollte. Byzanz kontrollierte auch weiterhin den europäischen Handel mit Asien über das Schwarze Meer. Die Kontrolle des europäischen Handels half Byzanz, seine eigene Produktion und sein Handwerk zu schützen und zu fördern. Diese scheinen während des 10. und 11. Jahrhunderts mit der Herstellung von hochwertigen Stoffen (darunter Seide), Teppichen, Papier, Keramik, Lederwaren, Schnitzereien, Ikonen und Metallarbeiten ihre Blütezeit erreicht zu haben.

Bis zum 10. Jahrhundert wurden jedoch die teuren byzantinischen Exporte infolge der exzessiven byzantinischen Zollgebühren, Preisaufschläge und Zunftregeln auf den europäischen Märkten allmählich konkurrenzunfähig. Dies ermutigte die aufstrebenden italienischen Seehandelsmächte (unter der Führung Venedigs), direkt mit der arabischen Welt Handel zu treiben, Byzanz zu umgehen und so seinen absehbaren wirtschaftlichen Niedergang zu beschleunigen. Byzanz musste davon Abstand nehmen, seine Exporte ausschließlich mit eigenen Schiffen in ausländische Häfen zu verfrachten, und byzantinische Reeder wanderten nach und nach in italienische Häfen ab. Bis zum 12. Jahrhundert handelte Byzanz nicht mehr vornehmlich mit Luxusgütern und Handwerkserzeugnissen, wie vom 6. bis zum 10. Jahrhundert. Konstantinopel verkümmerte langsam zu einem Umschlaghafen für Rohstoffe. Mit dem Vordringen von Arabern, Awaren, Bulgaren, Turkstämmen und Slawen gingen massive Gebietsverluste einher, die möglicherweise die Bevölkerung des Reichs von circa

siebzehn Millionen im Jahr 610 auf lediglich sieben Millionen im Jahr 780 reduziert haben, obwohl sie anschließend bis 1025 wieder auf etwa zwölf Millionen anstieg (aufgrund der Verdoppelung des Gebiets in diesem Zeitraum). Bis 1097 sank sie auf circa fünf Millionen ab, um dann, teilweise genesen, in den Jahren 1143 und 1200 wieder acht beziehungsweise neun Millionen zu erreichen (Treadgold 1997: 403, 570, 700). Der Gesamtrückgang der Bevölkerung machte es für Byzanz immer schwieriger, ausreichende Staatseinkünfte für die Bezahlung seiner Beamtengehälter aufzubringen. Dies begünstigte Ämterschacher und steigerte die Abhängigkeit von Steuerpächtern sowie die Zunahme von Beamtenkorruption, Nepotismus und Erpressung, die somit schon lange auf dem Balkan heimisch waren, bevor das Osmanische Reich das Byzantinische ablöste (dem die meisten Nationalisten und Historiker auf dem Balkan gerne die Schuld für Strukturen der Beamtenkorruption und -erpressung anlasten, obwohl sich diese in Wirklichkeit schon viel früher abgezeichnet hatten). Georg Ostrogorsky, einer der bedeutendsten Byzantinisten, vertritt sehr überzeugend den Standpunkt, die Schwächung der byzantinischen Wirtschaftskraft sei auch auf eine übermäßige Besteuerung der Land- und Stadtbevölkerung zurückzuführen sowie darauf, dass sich Landbesitz in stetig wachsendem Maße in den Händen der im Wesentlichen „parasitären“ Klöster und Großgrundbesitzer konzentrierte, die nach und nach einen Großteil der Arbeitskräfte zu Leibeigenen machten.

Das Schrumpfen der kaiserlichen Steuerbasis und die zunehmende Abhängigkeit von korrupten und erpresserischen Steuerpächtern bürdeten der Bauernschaft eine erhebliche Last auf. Diese Faktoren förderten die Zunahme der Schuldknechtschaft sowie die Aneignung von Bauernland durch reiche Steuerpächter, Provinzverwalter und eine aufsteigende Schicht von Großgrundbesitzern, die nach dem 10. Jahrhundert in Reichsangelegenheiten die Oberhand gewannen. Nach dem Ende der Regierung Basileios II. (976–1025) gab der byzantinische Staat seine frühere schützende Politik gegenüber kleinen bäuerlichen und militärischen Grundbesitzern auf. Während die Besteuerung von Klöstern und weltlichen Landherren immer milder ausfiel, wurde sie für das Gros der Bevölkerung immer erdrückender. Es wurde der Bauernschaft, bislang das Rückgrat der byzantinischen Wirtschaft, unmöglich gemacht, effizient zu arbeiten (Ostrogorsky 1968: 322 f., 329–331, 392–394; Ostrogorsky 1942: 210 f.). Somit wurde das Leben des byzantinischen Bauern zunehmend von Angst und Abscheu vor dem Steuereintreiber, dem kaiserlichen Verwalter, dem Großgrundbesitzer und dem fremden Plünderer beherrscht.

Ostrogorsky mag jedoch, genauso wie er den Niedergang des Großgrundbesitzertums vom 6. bis zum 9. Jahrhundert übertrieb, auch das Ausmaß seiner Wiederherstellung vom 10. bis zum

frühen 13. Jahrhundert überzeichnet haben. Paul Lemerle zufolge waren die „Mächtigen“ jener Zeit, die die Bauern oder „die Schwachen“ und „die Armen“ immer mehr ausbeuteten und von ihnen im wahrsten Sinne des Wortes „schmarotzten“, „nicht, wie immer gesagt wird, Großgrundbesitzer (obwohl sie das natürlich werden konnten), sondern Würdenträger und allen voran Beamte (...), die mittels ihrer Autorität oder ihres Einflusses Druck auf jene Personen von niedererem gesellschaftlichem – aber nicht unbedingt wirtschaftlichem – Rang ausübten, welche die bäuerlichen Grundbesitzer ausmachten, die ‚Armen‘, wie es in den Texten heißt“ (Lemerle 1979: 95). Im Gegensatz zu den „feudalen“ Gesellschaften in Westeuropa, wo die Feudalherrschaft mit großen Besitztümern, Dörfern und zahlreichen Bauern die wichtigste „Quelle“ adeliger Macht und adeligen Reichtums darstellte, war in den byzantinischen Gebieten die Aneignung größeren Grundbesitzes („groß“ ist hier an Balkan-Verhältnissen und nicht unbedingt an westeuropäischen zu messen) nicht so sehr eine Quelle als vielmehr der *Ausdruck* von Macht und Reichtum der jeweiligen Personen. Diese wurden kaum jemals feudale Adelige im westeuropäischen Sinne. Stattdessen bezogen sie ihre Macht aus den Positionen als Staatsangestellte; als solche waren sie zwar in der Lage, ihre Stellung zu Erpressung, Unterschlagung, Ausbeutung, Betrug und Korruption zu nutzen, hatten jedoch ein wesentlich geringeres Interesse an produktivem wirtschaftlichem Handeln oder an wirklich unabhängigem Privateigentum.

Andererseits zeichnet Alan Harvey ein vergleichsweise positives Bild dieser Periode, die er als eine der demografischen Genesung und des wirtschaftlichen Fortschritts betrachtet. Er vertritt zu Recht den Standpunkt, dass selbst eingedenk des Fehlens unumstößlicher Belege für „jeglichen Fortschritt in der Agrartechnologie“ immer noch berücksichtigt werden sollte, dass die Ressourcen effizient genutzt wurden (Harvey 1989: 120). Seiner Ansicht nach lässt sich vom 10. bis zum 13. Jahrhundert beobachten, dass sich die landwirtschaftliche Nutzfläche zunehmend in den Händen von größeren Grundbesitzern (ebd.: 71) konzentrierte, die über steigende Einkünfte und „größere Mittel zur Verbesserung ihrer Besitztümer“ (ebd.: 121) verfügten. Dies wiederum führte zu steigenden Investitionen „in den Erwerb von Gerätschaften und Pflugtieren, den Bau von Gebäuden, (...) Brücken, Straßen, Abwasser- und Bewässerungssystemen, Wassermühlen und in den Anbau von Wein, Oliven und anderer Frucht tragender Bäume. Gleichzeitig war durch das Bevölkerungswachstum ein ausreichendes Angebot an Arbeitskräften sichergestellt“ (ebd.). Die Städte, die insgesamt im 6. und 7. Jahrhundert stark geschrumpft waren, „begannen ab dem 9. und 10. Jahrhundert wieder zu wachsen und weiteten sich während des 11. und 12. Jahrhunderts erheblich aus“ (ebd.: 56), wodurch die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen zunahm; deren

gesteigerte Produktion machte wiederum das Städtewachstum möglich. „Aufgrund der zunehmenden Bevölkerungszahlen ab dem 10. Jahrhundert musste das Land intensiver bewirtschaftet werden, und es bestand ein größerer Bedarf an effektiven Bewässerungssystemen.“ Dem war „die Konzentration von Land in den Händen reicher Grundbesitzer“ förderlich, die „in der Lage waren, zur Verwirklichung größerer Bewässerungsprojekte Ressourcen zu mobilisieren und so für eine effektivere Nutzung des landwirtschaftlichen Potenzials zu sorgen“ (ebd.: 135).

Harvey zufolge wurde dieses durch Umweltfaktoren noch gesteigert. Die beschleunigte Bodenerosion auf den zunehmend gerodeten und überweideten Hochebenen des Balkans führte dazu, dass von dort immer größere Mengen Hochlandbodens flussabwärts getragen wurden; dabei füllten sich die Mündungen mit Schwemmsand, und Erde lagerte sich in den Flussbetten in tiefer gelegenen Tälern ab (ebd.: 136). „Das landwirtschaftliche Potenzial dieser Flusstäler“, wo nach allgemeiner Ansicht die reicheren Grundbesitzer überwogen haben sollen, „wurde auf Kosten der Hochlandregionen gesteigert“ (ebd.: 137). Dort gab es, wie man annimmt, ein Übergewicht von armen Bauern, die sich nur mühsam von den Erträgen eines zunehmend verkarstenden Bodens ernährten, obwohl Harvey betont, dass manche Bauern (besonders in der Umgebung von Städten und/oder in der Nähe von Flüssen) die wachsende Benachteiligung beim Ackerbau durch Spezialisierung auf Weinbau, Oliven- und Obstanbau, kommerziellen Gemüseanbau sowie Schaf- und Ziegenzucht ausglich (ebd.: 141–144, 149–151, 155); dabei übersieht er die Bienenzucht (zur Gewinnung von Honig und Wachs). „In Küstenregionen sowie in der Nähe von Flüssen und Seen bildete der Fischfang eine wichtige Nahrungs- und Einkommensquelle“ (ebd.: 158). Nichtsdestotrotz lässt sich zusammenfassend sagen, dass im Wesentlichen die armen Bauern aus dem Hochland gegenüber den reichen und zunehmend produktiveren Grundbesitzern im Tiefland, einschließlich reicher Klöster wie beispielsweise auf dem Berg Athos, den Kürzeren zogen und dass diese wachsende Ungleichheit die landwirtschaftliche Gesamtproduktivität steigerte.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des zunehmenden Vorherrschens großer Landgüter werden (...) falsch beurteilt. Großgrundbesitzer verfügten über die Mittel, an ihren Besitztümern erhebliche Verbesserungen vorzunehmen. Außerdem stand ihnen ein ausreichendes Angebot an Arbeitskräften zur Verfügung, um die richtige Bewirtschaftung des Landes sicherzustellen (...). Das Schwemmland, das sehr hohe Erträge bringen konnte, verlangte eine angemessene Anzahl von Arbeitskräften, um effektiv bewirtschaftet zu werden (...). So konnte ein breiteres Spektrum an Feldfrüchten kultiviert werden (ebd.:

161). Die Anstrengungen, die mächtige Landbesitzer zur Verbesserung ihrer Besitztümer unternahmen, bildeten das dynamischste Element in der bäuerlichen Wirtschaft (ebd.: 159). Die wichtigsten Schwemmlandebenen, auf deren Getreideproduktion Konstantinopel angewiesen war, lagen in Thrakien, Makedonien und Thessalien. In späteren Jahrhunderten lieferten sie genügend Erträge, um auch große Mengen in den Westen zu exportieren (...). Die Venezianer exportierten regelmäßig Weizen aus Thrakien, Makedonien und den bulgarischen Ebenen. Die genuesischen Exporte stammten meistens aus den Küstenregionen am Schwarzen Meer und der thrakischen Ebene (ebd.: 139).

Harvey schließt daraus, dass die Entwicklung der byzantinischen Landwirtschaft während dieser Periode „generell der im Westen des Mittelalters weitaus näher war, als gemeinhin zugestanden wird“ (ebd.: 244). Seiner Ansicht nach war hier wie dort die gesteigerte Agrarproduktion eine Folge der Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie einer „effektiveren Nutzung des landwirtschaftlichen Potenzials innerhalb der Grenzen der vorhandenen Technologie“ im Zuge des neuerlichen Bevölkerungswachstums. Weniger entscheidend waren technologische Innovationen, deren Bedeutung für das westliche Europa jener Periode manchmal überschätzt wird. Die Landwirtschaft im mittelalterlichen Byzanz schneidet in Vergleichen mit der im westlichen Europa oft schlechter ab, weil der schwere Eisenpflug mit Streichblech und die Wassermühle mit überschlächtigem, vertikalem Rad nicht und die Dreifelderwirtschaft nur in geringerem Umfang eingeführt wurden; Harvey erklärt dies jedoch damit, dass solche Neuerungen für die wesentlich trockeneren Klimazonen und den dünneren und trockeneren Boden, wie sie für den Balkan und Kleinasien charakteristisch sind, weitgehend oder gänzlich ungeeignet gewesen seien (ebd.: 122–125, 129–133, 257 f.). Er stellt fest, es würden „keine Hinweise auf einen ernsthaften Mangel an Gerätschaften aus Eisen in Byzanz existieren“ (ebd.: 257), und verweist darauf, die Wirtschaft habe sich in beiden Regionen zunehmend auf Geld und Handel ausgerichtet (ebd.: 259). Die wichtigsten sozioökonomischen Unterschiede zwischen Byzanz und dem westlichen Europa bestanden zum einen in der größeren Bedeutung des Staates im byzantinischen Wirtschaftsleben – dies vor allem daher, weil das Erbe des Römischen Reichs in Byzanz viel intakter erhalten blieb als im Westen. Zusätzlich waren die byzantinischen Städte „derart von den Land besitzenden Eliten beherrscht, dass Bevölkerungsgruppen wie Händler und Arbeiter keinen starken Einfluss gewinnen konnten. Zudem blieben in Byzanz langwierige Machtkämpfe zwischen der Stadtbevölkerung und ihren Feudalherren aus, wie sie aus dem Westen so vertraut sind“ (ebd.: 261).

Dies stellt jedoch die Summe all dessen dar, was nach Harveys Ansicht *möglicherweise* geschah. Er führt äußerst wenige Belege dafür an, dass es *tatsächlich* so war, und ein großer Teil davon könnte Wunschdenken sein. In der Tat zeichnet Ostrogorsky ein wesentlich pessimistischeres Bild von der landwirtschaftlichen Entwicklung im späten Byzanz: Seiner Ansicht nach „bestand die Hauptschwierigkeit, die größeren Besitztümer ihren Möglichkeiten gemäß zu nutzen, darin, dass die Bewirtschaftungstechnik auf einem sehr einfachen Niveau verharrte; denn in dieser Hinsicht lag das Byzantinische Reich, bei allem kulturellem Vorsprung, vielfach weit hinter dem westlichen Europa zurück“ (Ostrogorsky 1942: 220). Bis heute lässt sich nicht mit Sicherheit bestimmen, ab welchem Jahrhundert die wirtschaftliche und technische Entwicklung in Teilen Westeuropas die des Byzantinischen Reichs überholte.

Seldschuken

Die Seldschuken waren eine türkische Dynastie (1040–1307), die von den um den Aralsee siedelnden Oghusen abstammte. Der Name geht auf ihren legendären Ahnvater Selçük zurück, unter dem sie den Islam angenommen hatten. Die eigentliche Reichsgründung fand unter Tuğril Beg (circa 1038–1063) statt, nachdem die Seldschuken 1040 die Ğaznawiden besiegt und danach Iran und Turan („Land der Türken“, heute in Turkmenistan) jenseits des Flusses Oxus (hist., heute russ. Amudar’ja) erobert hatten. 1055 übernahmen sie die Herrschaft im Abbasiden-Kalifat von Bagdad und erklärten sich zur Schutzmacht der Sunniten und Feinden der Schia, der auf Mohammeds Schwiegersohn Ali zurückgeführten zweiten Hauptrichtung des Islam. Diese manifestierte sich im Fatimiden-Kalifat von Kairo als äußerer und in der Sekte der Nizāriya (Assassinen) als innerer Gegner.

Im Zuge militärischer Vorstöße nach Ägypten eroberten die Seldschuken im Jahr 1070 unter Sultan Alp Arslan (1063–1072) Jerusalem, was zum Mitauslöser für den Ersten Kreuzzug (1096–1099) und die Einnahme Jerusalems durch die Kreuzritter (1099) wurde.

Die Rivalität zu Byzanz kulminierte 1071 in der Schlacht bei Malazgirt (armen. hist. Manazkert) in Ostanatolien, aus der die Seldschuken als Sieger hervorgingen. In den Folgejahren eroberten sie fast das ganze griechisch-byzantinische Anatolien, das durch die Zuwanderung immer größerer turkstämmiger Nomadengruppen zunehmend türkisiert und islamisiert wurde. Die Seldschuken ließen zwar in jeder Stadt eine Moschee errichten, tolerierten jedoch weitestgehend die religiösen Bräuche ihrer nichtmuslimischen Untertanen – darunter Griechen, Armenier und Juden – sowie deren Rechtsgewohnheiten. Verwaltungssprache des Seldschukenreichs wurde zunächst das Persische, später das Türkische. Das nur etwa hundert Kilometer von Konstantinopel entfernte Nikäa (griech.,

heute türk. İznik) wurde zur Hauptstadt. Während des Ersten Kreuzzuges verloren die Seldschuken die Kontrolle über Süd- und Westanatolien und waren gezwungen, ihre Hauptstadt nach Ikonion (griech., heute türk. Konya) zu verlegen.

Eine erste Blütezeit erlebten die Seldschuken unter der Herrschaft des Malik Schah (pers. Malikšāh, 1073–1092), der als Förderer von Kunst und Wissenschaft in die Geschichte einging. Zahlreiche Bauwerke entstanden, darunter Moscheen, Mausoleen (türk. *türbe*), Karawansereien, höhere Schulen, Hospitäler sowie Asyle für Waisen und Arme. Die vielen karitativen Bauten, die vom Sultan und den wohlhabenden Schichten finanziert wurden, zeugen von einem ausgeprägten Sozialethos. Die Bauwerke sind häufig mit aufwendigen Verzierungen (insbesondere Bandornamentik) versehen; auffällig sind meisterlich ausgeführte Tierdarstellungen, die auf die zentralasiatische Herkunft der Seldschuken hinweisen. Von hoher Qualität sind auch die seldschukischen Holz-, Metall- und Textilarbeiten. Naturwissenschaftliche (insbesondere mathematische) Studien wurden gleichermaßen großzügig gefördert wie die Literatur. Nizām al-Mulk, Großwesir unter Malik und bedeutender Schriftsteller, gründete in Bagdad die erste sunnitisch-islamische Universität (*Nizāmiya*). Zu den berühmtesten Werken der Seldschukenzeit zählen die persischen Vierzeiler 'Umar Hayyāms und die sufische Dichtung Halāl al-Dīn Rūmīs.

Malik herrschte als „Großsultan“ über ein Reich, das sich von der Ägäis bis zum Indus und vom Persischen Golf bis zum Fluss Iaxartes (hist., heute russ. Syrdar'ja) erstreckte. Es zerfiel im 12. Jahrhundert in mehrere Teilreiche. Das Reich der Großseldschuken von Persien wurde 1194 vom Schah von Chorezm (pers. Hwārazm) erobert, die seldschukischen Kleinstaaten in Syrien und Mesopotamien wurden durch den kurdisch-ägyptischen Feldherrn Saladin (arab. Salāh al-Dīn al-Ayyūbi, circa 1137–1193) unterworfen. Nur die kleinasiatischen, die sogenannten Rumseldschuken (*Rum* für „Rom“, gemeint ist Byzanz) bewahrten bis Anfang des 14. Jahrhunderts ihre Souveränität. Zu Beginn des 13. Jahrhunderts wurden sie nach der Eroberung der Häfen Sinopē (griech., heute türk. Sinop), Amisos (griech., heute türk. Samsun) und Attaleia (griech., heute türk. Antalya) zu einer bedeutenden Seemacht im Schwarzen und im östlichen Mittelmeer. Ihr Reich erlebte unter Sultan Kayqubād I. (1219–1236) seinen Höhepunkt, ehe es 1243 zum größten Teil von den Mongolen erobert wurde. Als deren Vasallen vermochten sich die Rumseldschuken noch bis 1307 zu halten, bevor sie ihre letzten Gebiete an die aufsteigende Dynastie der Osmanen verloren. (*Tilman Lüdke*)

Literatur:

Duda H. W. 1959: *Die Seldschukengeschichte des Ibn Bibi*. Kopenhagen.

Rice T. T. 1961: *The Seljuks in Asia Minor*. London.

1071 verlor Byzanz Bari, seinen letzten italienischen Stützpunkt, an die Normannen und erlitt in der Schlacht von Malazgirt eine vernichtende Niederlage gegen die seldschukischen Türken, die gerade Kleinasien eroberten. Die vermeintliche muslimisch-türkische Bedrohung für das Christentum veranlasste Papst Gregor VII. (1073–1085), zu einem Kreuzzug aufzurufen, um das Heilige Land zu „befreien“, „die drohende Gefahr durch die Türken“ zu bannen und sowohl das byzantinisch-orthodoxe als auch das römisch-katholische Europa zu „retten“. Byzanz sollte jedoch von den Kreuzzügen dauerhaften Schaden davortragen, obwohl sie zum Teil gerade aus dem Grund angestrengt worden waren, es vor der „Bedrohung durch die Ungläubigen“ zu bewahren. Viele westliche katholische Kreuzfahrer betrachteten Kaiser Alexios III. (1195–1203) als Verräter am Christentum, weil er 1197 einen demütigenden Friedensvertrag mit den Seldschuken unterzeichnet hatte, um Rückendeckung zu erhalten. Nachdem die Seldschuken ihn 1203 zum Abdanken gezwungen hatten, nahmen sie 1204 Konstantinopel ein, wo sie raubten und plünderten. Dabei ermordeten sie viele der christlich-orthodoxen, muslimischen und jüdischen Einwohner. Danach teilten sie die kaiserlichen Besitztümer auf und begründeten ein katholisches „Lateinisches Kaisertum“ unter Graf Balduin I. von Flandern (Lateinischer Kaiser 1204/1205) und einem venezianischen katholischen Patriarchen. Dieser römisch-katholische Akt des Verrats und der Entweihung veranlasste später viele orthodoxe Christen, die erniedrigenden Hegemonialbedingungen abzulehnen, unter denen zwischen 1439 und 1453 einige westliche katholische Herrscher dem wiederhergestellten Byzantinischen Reich pro forma Unterstützung gegen die osmanischen Türken anboten. Manche begrüßten die Eroberung durch die Osmanen sogar als segensreiche Befreiung vom Verrat und von der Unterdrückung durch die westlichen Katholiken.

Kreuzfahrerstaaten

Als Kreuzfahrerstaaten bezeichnet man jene Staatsgebilde, die von Kreuzfahrern nach westeuropäischem Muster in den von ihnen eroberten Gebieten gegründet wurden. Beginnend mit dem Ersten Kreuzzug entstanden zunächst die Grafschaft Edessa (1098–1159; Fall der Hauptstadt 1144), das Fürstentum Antiochia (1098–1287; Fall der Hauptstadt 1268), das Königreich Jerusalem (1099/1100–1291) sowie die Grafschaft Tripolis (1109–1289). Der Dritte Kreuzzug führte zur Gründung des Königreichs Zypern (1192/1197–1489). Nach der Eroberung Konstantinopels durch die Kreuzfahrer formierten sich das Lateinische Kaiserreich Konstantinopel (1204–1261), das Königreich Thessaloniki (1204–1224), das Fürstentum

Achaia (1205–1432), das Herzogtum Athen (1204/1280–1456), die Herrschaft Negroponte (1205–1390) und das Herzogtum des Archipels (1207–1566).

Die Kreuzfahrerstaaten waren nach westeuropäischem Modell lehensrechtlich organisiert. Dabei war der König Jerusalems Oberherr über die Grafschaften Edessa und Tripolis, während das Fürstentum Antiochia lose dem Papst unterstand. Die durch den Vertrag von Deabolis (alban. Devol) 1108 erfolgte lehensrechtliche Unterstellung des Fürstentums unter den byzantinischen Kaiser konnte von diesem und seinen Nachfolgern nicht dauerhaft durchgesetzt werden. Das Königreich Zypern unterstand ab 1197 direkt dem römisch-deutschen Kaiser. Dem lateinischen Kaiserreich Konstantinopel waren das Königreich Thessaloniki, das Fürstentum Achaia sowie das Herzogtum des Archipels untergeordnet. Negroponte und das Herzogtum Athen unterstanden zunächst dem Königreich Thessaloniki, dann dem Fürstentum Achaia (beziehungsweise von 1395 bis 1402 Venedig). Durch den Vertrag von Viterbo (1267) kam die Oberherrschaft über das Fürstentum Achaia und die anderen Kreuzfahrerstaaten in der *Romania* (Byzanz) an die Dynastie der Anjou (Neapel).

Auch nach innen waren die Staaten nach feudalen Gesichtspunkten organisiert, wozu mit Sicherheit der zwangsläufig militärische Charakter dieser ständig von außen bedrohten Reichsgebilde beitrug. Viele Kreuzfahrer zogen so auch ihr Erbe in der Heimat einer unsicheren Existenz in den Kreuzfahrerstaaten vor.

Im Fürstentum Achaia waren die byzantinischen Grundbesitzer als *Archonten* den französischen Rittern lehensrechtlich gleichgestellt. Dem König von Jerusalem stand ein adeliger Kronrat (*Haute Cour*) gegenüber, der auch Recht sprechen konnte. Der Kronrat im Kaiserreich Konstantinopel setzte sich aus dem venezianischen *Podestà* (Statthalter) und seinem Rat, dem Rat der Vasallen sowie dem Lateinischen Patriarchen zusammen. Letzterer war dem Papst unterworfen und fest in die römische Kirchenorganisation integriert. In den Kreuzfahrerstaaten der *Romania* wurde der Großteil der byzantinischen Hierarchen durch lateinische ersetzt, während die unteren Ränge der Geistlichkeit unverändert blieben. In sämtlichen Kreuzfahrerstaaten etablierten sich katholische Mönchsorden.

Eine bedeutende Rolle spielten die Ritterorden. Der circa 1118 gegründete und 1312 aufgelöste Templerorden verschaffte sich innerhalb der Kirchenhierarchie allmählich eine nahezu unabhängige Position und unterstand direkt dem Papst. Dasselbe galt für den circa 1070 gegründeten Johanniter- und den Deutschen Orden. Die Ritterorden unterhielten praktisch als Einzige ein stehendes Heer im lateinischen Osten. Aufgrund ihrer Privilegien bildeten sie dabei einen Staat im Staat. Nach dem Ende des Königreichs Jerusalem 1291

konnten die Johanniter Rhodos erobern und dort eine eigene Herrschaft errichten (1307–1522/1523).

Da die Kreuzfahrerstaaten über keine eigenen Seestreitkräfte verfügten, erhielten Genua, Pisa und Venedig als Gegenleistung für militärische Hilfe weitreichende Handelsprivilegien. Dabei war der Hauptstützpunkt der Venezianer Tyrus, jener der Genuesen und Pisaner Akkon (hebr. Akko). Im Vierten Kreuzzug (1202–1204) konnte sich Venedig drei Achtel der eroberten Gebiete und damit die zentrale Rolle im Handel mit den Kreuzfahrerstaaten der Romania sichern. (Lisa Mayerhofer)

Literatur:

Mayer H. E. 2000: *Geschichte der Kreuzzüge*. Stuttgart.

Runciman S. 2001: *Geschichte der Kreuzzüge*. München.

Setton K. (Hg.) 1955–1989: *A History of the Crusades*. Madison.

2.1 Bulgarien

Die slawischen und bulgarischen Stammesbünde, wie wir sie aus der Mitte des 7. Jahrhunderts kennen, stellten keine voll entwickelten Staaten dar, da sie noch nicht über stehende Heere, dauerhafte Verwaltungen und klar definierte Territorien verfügten.

Die Slawen waren ein sesshaftes und relativ friedliches Ackerbau treibendes Volk, das auf dem östlichen Balkan im 5. und 6. Jahrhundert zu siedeln begann. Konträr dazu waren die Bulgaren ein Volk von halbnomadischen Kriegerern und Kaufleuten überwiegend turkstämmiger Herkunft, die den östlichen Balkan im frühen 7. Jahrhundert durchzogen. Sie kamen ursprünglich aus dem Gebiet zwischen Ural und Wolga und setzten sich aus verschiedenen Ethnien zusammen – ein wahres Gemisch, das Wort „Bulgare“ stammt vom türkischen Verb „mischen“ (Crampton 1997: 8).

Die Lebensweisen der beiden Gruppen unterschieden sich, auch handwerklich gab es verschiedene Entwicklungen:

Die Bulgaren scheinen in runden, jurtenartigen Häusern gelebt zu haben, einem Erbe ihrer Vergangenheit in der Steppe (...), die Slawen hingegen lebten in eckigen, halb unterirdischen Häusern mit einem Herd in einer Ecke (...). Mit den beiden Völkern werden unterschiedliche Arten der Töpferei in Verbindung gebracht. Es finden sich aber schon früh Belege für gemischte Siedlungen; da keine dieser Siedlungen mit Bestimmtheit

datiert werden kann, sollte diesen archäologischen Fundstücken vielleicht nicht zu viel Bedeutung beigemessen werden (Browning 1975: 47).

Die Bulgaren setzten sich gegen die organisatorisch und militärisch schwächeren slawischen Bauern schnell als Herrscherelite durch. Sie bauten graduell ihre politische Herrschaft aus, doch mit der Zeit gingen sie, vor allem durch Heirat, enge Verbindungen mit der slawischen Bevölkerung ein. Die Bulgaren assimilierten sich innerhalb einer weitestgehend slawischen Umgebung und einem ethnischen und kulturellen Amalgam; überwiegend slawisch geprägt, gelang nach und nach der Aufstieg im Königreich, das als Bulgarien bekannt werden sollte. Befördert wurde dieser Prozess durch den Übertritt der meisten Slawen und Bulgaren zur byzantinischen Orthodoxie während des 9. Jahrhunderts (Crampton 1997: 12–16).

Bulgarisches Reich

Das Erste Bulgarische Reich entstand auf dem Boden der römischen Provinz Mösien als bulgarisch-slawisches Staatsgebilde. Nach dem Zerfall von Kubrats Großbulgarien war in der zweiten Hälfte des 7. Jahrhunderts eine Gruppe (turkstämmiger) Bulgaren unter Führung Asparuchs nach Westen aufgebrochen und hatte sich in der Dobrudscha niedergelassen. Die Versuche des byzantinischen Kaisers Konstantinos IV., sie in die Gebiete nördlich der Donau zurückzudrängen, waren erfolglos geblieben. So stießen sie bis zum Balkan vor und schlossen mit den „sieben slawischen Stämmen“ und dem slawischen Stamm der Severi einen Pakt gegen Byzanz. 681 erkannte der byzantinische Kaiser in einem Friedensvertrag mit Asparuch die Existenz des Bulgarischen Reichs an. In den Protokollen des VI. Ökumenischen Konzils von Konstantinopel (680–681) wird *Βουλγαρία* (Bulgarien) als neuer geografisch-politischer Begriff erstmals erwähnt. Hauptstadt des Reichs wurde Pliska. Obwohl die ansässige slawische Bevölkerung zahlenmäßig stärker war, lag die politische und militärische Macht bei den zugezogenen turkstämmigen Bulgaren.

Mehrere Abkommen mit Byzanz, die von heftigen Kriegen unterbrochen waren, sicherten die Existenz des Reichs. Der Nachfolger Asparuchs, Khan Tervel (700–721), vergrößerte das Territorium durch Zugewinn von Gebieten im Südosten (bulgar. *Zagorie* „hinter den Bergen“) und im Westen bis zum Fluss Timok. 716 schloss der Khan mit Kaiser Theodosios III. einen neuen Friedensvertrag, in dem auch Zölle und andere wirtschaftliche Fragen geregelt wurden. Dieser gilt als erster Handelsvertrag.

Unter Khan Krum (802/803–814) wurde das Herrschaftsgebiet auf Kosten des zerfallenden Awarenreichs bis zu den Flüssen Theiß im Westen und Dnjestr im Osten erweitert. Krum

erließ die ersten Gesetze des Bulgarischen Reichs, in denen – neben anderem – alle Einwohner staatsrechtlich gleichgestellt waren.

Durch die Nachbarschaft zum Fränkischen Reich wuchs die politische Rolle des Bulgarischen Reichs. 809 eroberte Krum die wirtschaftlich und militärstrategisch bedeutsame Stadt Serdika (heute Sofia). Der zunächst erfolgreiche Feldzug Kaiser Nikēphoros' I. gegen das Bulgarische Reich, der unter anderem zur Zerstörung Pliskas führte, endete 811 mit der Niederlage des byzantinischen Heeres und dem Tod des Kaisers. Zwei Jahre später standen die bulgarischen Truppen vor Konstantinopel.

Krums Nachfolger Khan Omurtag (814–831) nutzte die Friedensjahre mit Byzanz für den Ausbau des Landes. Unter Khan Presian (836–852) erstreckte sich das Bulgarische Reich schließlich bis in das heutige Mittelmakedonien und Südalbanien.

Die Annahme des Christentums (865) durch Khan Boris I. (852–889) bewirkte eine weitere Konsolidierung des Reichs. Der orthodoxe Glaube und die durch die Schüler der Brüder Kyrill und Method im Land verbreitete slawische Schrift (Kyrilliza) erwiesen sich als die beiden Pfeiler für die Entwicklung einer eigenständigen bulgarischen Kultur.

Unter der Regierung Simeons I. (893–927) erlangte das Erste Bulgarische Reich im sogenannten Goldenen Zeitalter seine größte politische Macht und kulturelle Blüte. Bedeutend waren vor allem die Schulen von Ochrid und Preslav sowie die umfangreichen Schriften von Kliment (Klemens) von Ochrid, Iōan (Johannes) dem Exarchen und Černorizec Chrabăr. Simeon dehnte die Herrschaft nach Westen bis zur Adria und nach Süden bis zur Ägäis aus und belagerte sogar Konstantinopel. Preslav wurde neue Hauptstadt. 913 erhielt Simeon den Zarentitel. Das Oberhaupt der unabhängigen bulgarischen Kirche wurde (circa 919) zum Patriarchen ernannt. Doch bereits unter Zar Petăr I. (927–969) setzte ein von inneren Unruhen und Territorialverlusten im Westen und Süden begleiteter Niedergang ein. 1018 wurde das Reich nach langen Kriegen von Byzanz unterworfen und das Patriarchat aufgehoben.

In den folgenden circa eineinhalb Jahrhunderten kam es immer wieder zu Erhebungen der Bulgaren. 1185 organisierten die Bojarenbrüder Asen (I.) und Petăr (II.) einen Aufstand, der 1187 schließlich mit Hilfe der Kumanen zur Wiederherstellung bulgarischer Eigenstaatlichkeit führte. Die Stadt Tărnovo wurde zum militärisch-politischen und kirchlich-kulturellen Zentrum des Reichs. Durch die 1204 geschlossene Kirchenunion mit Rom erhielt Zar Kalojan (1197–1207) von Papst Innozenz III. den Titel eines Königs (*rex*) verliehen.

Ivan Asen II. (1218–1241) überwand die politische und soziale Krise. Nach der Schlacht bei Klokotnica (1230) wurde das Zweite Bulgarische Reich zum größten politischen Gebilde

Südosteuropas. 1235 konnte auch die Autonomie der bulgarischen Kirche wiederhergestellt werden.

Der Einfall der Tataren 1241 beendete abrupt den weiteren Aufstieg des Reichs. Nach dem Tod Ivan Asens II. und dem Ende der Asen-Dynastie (1257) begannen Nachfolgekämpfe, die zu großen Gebietsverlusten führten.

Der Aufstieg Serbiens und die schwere Niederlage der bulgarischen Truppen 1330 bei Velbäžd (bulgar., heute Kjustendil) veränderten die Machtkonstellationen auf der Balkanhalbinsel maßgeblich. Der neue bulgarische Zar Ivan Aleksandăr (1331–1371) förderte Kunst und Kultur und bemühte sich um freundschaftliche Beziehungen zu Serbien und der Walachei. Doch bereits unter seinen Söhnen kam es zur Teilung des Reichs: Ivan Šišman regierte ab 1371 in Tărnovo, Ivan Sracimir in Vidin. Die Dobrudscha fiel an den Bojaren Dobrotica. Die Zersplitterung schwächte das Land: 1393 fiel die Hauptstadt Tărnovo und 1396 Vidin an das Osmanische Reich. (*Iskra Schwarcz*)

Literatur:

Андреев Й., Лазаров И., Павлов П. 1994: *Кой кой е в средновековна България*. София.

Crampton R. 1997: *A Concise History of Bulgaria*. Cambridge.

Gjuzelev V. 1986: *Forschungen zur Geschichte Bulgariens im Mittelalter*. Wien (= *Miscellanea Bulgarica* 3).

Härtel H.-J., Schönfeld R. 1998: *Bulgarien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. München.

Христов Х., Косев Д., Годоров Н. (Hg.) 1981/1982: *История на България*. Т. 2–3. София.

Die schnelle Entstehung und Konsolidierung von südslawischen Herrschereliten und privatem Grundbesitz machten jedoch bald die Einführung eines Verwaltungsapparates nötig, der in der Lage war, die Interessen der Reiche zu wahren und Bedrohungen von außen abzuwehren. Das Machtvakuum auf dem Balkan, das vom 7. bis zum 9. Jahrhundert infolge des einstweiligen Niedergangs von Byzanz entstanden war, wurde zunächst durch die bulgarischen und serbischen Reiche ausgefüllt – in späterer Zeit erst durch das Eindringen osmanischer Türken. Der bulgarische Herrscher Simeon I. (893–927) eroberte weite Teile von Makedonien, Serbien, Albanien, der Walachei sowie Thrakiens und wäre wahrscheinlich in der Lage gewesen, einen Großteil der Südslawen unter seiner Herrschaft zu vereinigen. Stattdessen vergeudete er seine hart erkämpften Reserven in mehreren erfolglosen Versuchen, Konstantinopel einzunehmen. Unter seinem Sohn Petăr I. (927–969) wurde Bulgarien wiederholt von madjarischen und petschenegischen Plünderern heimgesucht, 968–969 wurde die Hauptstadt Preslav von Kiewer Truppen besetzt gehalten. Die byzantinischen Truppen, die ausgesandt wurden, um Bulgarien aus der Hand der Rus' zu „befreien“, brachten es 970–971 wieder weitgehend unter byzantinische Gewalt, obwohl in Makedonien bis 1019 ein

bulgarischer „Rumpfstaat“ weiterbestand. Die letzten Bastionen bulgarischen Widerstands wurden von 1014 bis 1019 vom byzantinischen Kaiser Basileios II. (976–1025), genannt „der Bulgarentöter“, brutal unterworfen. Durch die Wiederherstellung der byzantinischen Herrschaft kam es zur Abschaffung des bulgarischen Patriarchats und zur Hellenisierung der orthodoxen Kirche. Bulgariens Bojaren kooperierten derweil weitgehend mit den fremden Oberherren und bereicherten sich auf Kosten ihrer Bauern.

Der größte Teil Bulgariens lag nördlich der Olivenanbaugrenze, die in etwa die für das warme Klima des Mittelmeerraums charakteristische Landwirtschaft und Lebensart von der des kühleren Klimas Kontinentaleuropas trennt (Browning 1975: 22, 53). Erstere Gebiete sind im Sommer sehr heiß, trocken und sonnenverbrannt, waren schon lange urbanisierter, wohingegen in letzteren die Sommer weniger heiß ausfallen, sie besser bewässert, stärker bewaldet, grüner und üppiger sind, aber bis ins 20. Jahrhundert viel weniger urbanisiert waren. Charakteristisch für die Landwirtschaft des mittelalterlichen Bulgarien waren die ausgedehnte Viehzucht (Schafe, Rinder und Schweine, jedoch kaum Pferde, obwohl die Bulgaren ursprünglich ein Steppen- und Reitervolk waren), Bienenzucht (insbesondere für Wachs, das als Brennmaterial für Lampen verwendet wurde) sowie der Anbau von Weizen, Hirse, Gerste, Hafer, Reben und Flachs, wobei eher leichte Ritzhölzer eingesetzt wurden als schwere eisenbeschlagene Pflüge mit Rädern (ebd.: 80–82).

Den Großteil der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft stellten die Slawen. Nachdem sie ursprünglich in Gemeinschaften organisiert waren, die auf Sippenverbänden beruhten und ein ziemlich egalitäres System darstellten, waren sie schon früh gezwungen, Tribute an den bulgarischen Staat zu leisten, der sie auch in neuen Gebieten ansiedelte. Über den Tribut hinaus befanden sich viele von ihnen in gleichsam feudaler Abhängigkeit von Bojaren. Es existieren keine Aufzeichnungen über die Entwicklungsprozesse, die zu dieser Abhängigkeit führten, man kann sie sich gleichwohl ausmalen: Die Stammesführer unterwarfen sich das ehemals kommunale Stammesterritorium und verschmolzen dann mit der protobulgarischen Aristokratie. Quellen aus dem 9. und 10. Jahrhundert zeigen, dass sich die Bauern in drei Gruppen aufteilten: in freie Bauern, epoikoi (...), die (allein; R. B.) dem Staat verpflichtet waren; in Bauern, die von einem Herrn abhängig waren, paroikoi (...); einen dritten Stand bildeten die otroci (Singular otrok), die in mancher Hinsicht weniger frei waren als die paroikoi; ihr Status ähnelte eher dem von Sklaven. Auf der untersten Stufe des Adels finden wir den kmet, wahrscheinlich ursprünglich das

Oberhaupt einer freien Gemeinschaft (...). Der župan, ursprünglich ein slawischer Stammesführer, war in der bulgarischen Herrscherklasse aufgegangen (ebd.: 86 f.).

Solche Ansichten sind jedoch weitgehend Mutmaßungen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass im Vergleich zu den byzantinischen Herrschaftsgebieten der Prozess der Herausbildung größerer Landgüter weit weniger fortgeschritten war, dass es sehr viele Bauern mit kleinem Grundbesitz gab und dass sich die Urbanisierung auf einem wesentlich tieferen Niveau befand. Als Gründe führt Browning folgende an: „Bulgarien war ein Land, aus dem die meisten alten Städte verschwunden waren, und die größten und blühendsten urbanen Gemeinschaften waren jene, die um einen Adelshof herum entstanden – militärisch-administrative Städte.“ Tatsächlich „war das Erbe des klassischen urbanen Lebens in Bulgarien nachhaltiger unterbrochen worden als in Thrakien und auf der griechischen Halbinsel (...). Die massiven Militärbefestigungen, die nicht nur in Pliška und Preslav, sondern auch in Vidin, Ohrid und anderen Orten immer noch erhalten sind, unterstreichen den militärischen Charakter der frühen bulgarischen Städte“ (ebd.: 87, 94–101).

Ein Aufstand, zu dem 1185 eine Gruppe bulgarischer Bojaren bei Tärnovo aufgerufen hatte, die sich gegen weitere Steuerzahlungen wehrten, führte dazu, dass Byzanz im Jahr 1187 widerstrebend ein neues bulgarisches Kaiserreich mit dem Zentrum Tärnovo (heute Veliko Tärnovo) anerkannte. Die neuen Herrscher Bulgariens profitierten von den Konflikten und dem Chaos, die der Dritte Kreuzzug verbreitete. Gelegentlich kamen ihnen auch der Fall von Konstantinopel 1204 sowie die gescheiterte Bulgarieninvasion durch Kaiser Balduin I. im Jahr 1205, und sie weiteten ihr Herrschaftsgebiet rasch aus. Bis 1231 hatte Zar Ivan Asen II. (1218–1241) das Zweite Bulgarische Reich geschaffen, welches den größten Teil der Balkanhalbinsel umfasste. In der nationalistischen kommunistischen Geschichtsschreibung zu Bulgarien wird häufig mit gutem Grund der Standpunkt vertreten, die Entstehung dieses Zweiten Bulgarischen Reichs sei für das langfristige Überleben einer bulgarischen slawischen Kultur und Identität entscheidend gewesen, insofern als dadurch die Hellenisierung, die mit der Wiederherstellung der byzantinischen Herrschaft einhergegangen war, weiträumig umgekehrt worden sei. Überdies lässt sich gemäß einer marxistischen Geschichte zu Bulgarien hinzufügen:

Das Zweite Bulgarische Reich trug typisch feudale Züge (...). Gerade während dieser Zeit wurde die feudale Produktionsweise vorherrschend, mit der typischen Zweiklassenteilung der Gesellschaft in Bojaren und leibeigene Bauern. Die Bojaren besaßen große

Landflächen als unveräußerliches Eigentum, von dem ein Teil, das sogenannte „Herrenland“, von Leibeigenen und Tagelöhnern bestellt wurde. Das übrige Land wurde an die Bauern verpachtet, damit sie für ihren Lebensunterhalt sorgen konnten. Es gab auch eine relativ große Anzahl persönlich freier Bauern (Hristov 1985: 53 f.).

Um der Klarheit willen muss jedoch der marxistische Gebrauch des Begriffes „feudal“ vom nichtmarxistischen unterschieden werden: Der marxistische bezeichnet eine Produktionsweise und gesellschaftliche Produktionsbeziehungen auf der Basis der Aneignung und Inanspruchnahme verschiedener Formen von Landverpachtung und Frondiensten einer zunehmend abhängigen Bauernschaft. In einer nichtmarxistischen Auslegung wird unter einem hochgradig dezentralisierten politischen, kulturellen und gerichtlichen System auf der Grundlage von Vasallentum und Treuebindung an „feudale Fürsten“, die in Burgen lebten und die lokale oder regionale Rechtsgewohnheiten beibehielten, ein „feudaler“ Apparat verstanden. Es ist leicht vorstellbar, dass ersteres Phänomen im Bulgarien des Mittelalters gegeben war; allerdings existieren keinerlei Hinweise auf eine Entwicklungsgrundlage für zweiteres. Dies heißt nicht unbedingt, dass die offiziellen marxistischen Ansichten zum Bulgarien des Mittelalters falsch oder nicht fundiert wären, aber es bedeutet sehr wohl, dass hier als „Feudalismus“ in Bulgarien keinesfalls jenes Phänomen beschrieben wird, welches unter nichtmarxistischen Historikern als charakteristisch für Teile des westlichen Europa während dieser Periode angesehen wird. Der Begriff wird oft für sehr verschiedene Phänomene verwendet, für deren Verständnis unterschiedliche Bezeichnungen hilfreicher wären. Der britische marxistische Historiker John Haldon vertritt den vernünftigen Standpunkt, man könnte, um unnötige Verwirrung zu vermeiden, jene Produktionsweise, die von Marxisten gemeinhin als „feudal“ bezeichnet wird, doch treffender mit „tributpflichtiger Produktionsweise“ umschreiben, weil diese im Wesentlichen die verschiedenen Formen von „Tribut“ beinhalte, welcher in Geld oder Naturalien von abhängigen Bauern erhoben wurde (Haldon 1993: 40–51; Haldon 1995: 10–12, 26 f.).

3. Krisen und Ende des unabhängigen Bauerntums (von der Mitte des 13. bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts)

1204 war nicht das Ende des Byzantinischen Reichs. Innerhalb eines Jahres wurde „Kaiser“ Balduin I. von den Bulgaren, die sich gegen den Versuch der Kreuzritter wehrten, dem

Balkan ein römisch-katholisches „Lateinisches Kaisertum“ aufzudrängen, geschlagen und gefangen genommen. Gleichzeitig strömten byzantinische Verbannte und Flüchtlinge in Scharen in ein konkurrierendes christlich-orthodoxes Reich, das Theodoros I. Laskaris (1204–1222) im anatolischen Nikäa gegründet hatte. In Allianz mit den Bulgaren und Genua (welches seinen Erzrivalen Venedig ausmanövrieren wollte) brachten seine Nachfolger den Süden des Balkans allmählich wieder unter christlich-orthodoxe Herrschaft und eroberten 1261 Konstantinopel zurück. Nichtsdestotrotz war das wiederbelebte Byzantinische Reich nur noch ein Abglanz seines illustren Vorgängers. Genua hatte für die entscheidende Unterstützung zur See bei der Wiedereroberung Konstantinopels die Gewalt über strategisch wichtige Inseln im östlichen Mittelmeerraum und das Goldene Horn (die wichtigste Stellung in Konstantinopel) erhalten sowie das Recht auf fünfzig Prozent der Zolleinnahmen der Bosphorus-Durchquerung (die das Lebenselixier von Byzanz darstellten).

In den Jahren 1237 und 1242 wurde das Zweite Bulgarische Reich durch mongolische Invasionen verwüstet und zerfiel schnell. Die streitsüchtigen und auf ihren eigenen Vorteil bedachten Bojaren waren nicht gewillt, sich auf eine starke Zentralverwaltung und ein stehendes Heer einzulassen und sich gegen Feinde von außen zusammenzuschließen. Wie gewöhnlich zogen sie es vor, auf Kosten des Staates und der Bauernschaft ihre eigene lokale Macht und Autonomie auszuweiten. 1277 entstand ein neues, wesentlich kleineres bulgarisches Staatsgebilde, als sich die unterdrückte und immer wieder ausgeplünderte Bauernschaft um den Schweinehirten Ivajlo scharte, der die Mongolen vertrieb und sich selbst zum Zaren krönte. Als Ivajlo jedoch die Bojaren und die Kirche um Unterstützung gegen die Mongolen und Byzanz ersuchte, fühlte sich die Bauernschaft verraten und ließ ihn im Stich. Im Jahr 1280, während der Friedensverhandlungen mit dem mongolischen Khan Nogai, wurde er von seinen Gastgebern ermordet.

1330 wurden die bulgarischen Lande durch das Serbische Reich unterworfen, welches Stefan Uroš III. (1321–1331) und Stefan IV. Dušan (1331–1355) tatkräftig vergrößert hatten. Unter Zar Ivan Aleksandăr (1331–1371) bestand jedoch ein bulgarisches Königreich weiter. Er unterhielt mit Stefan Dušan über dynastische Heiraten eine gute Beziehung. Das Herrschaftsgebiet von Stefan Dušan umfasste Altserbien, Montenegro, Makedonien, Albanien und Nordgriechenland. Hätte er sich darauf beschränkt, einen dauerhaften slawischen Balkanstaat zusammenzuschweißen, hätte sich die Balkanhalbinsel möglicherweise zu einer wesentlich weniger zersplitterten und verwundbaren Region entwickelt. Selbst die Einwohner von Albanien und Nordgriechenland hätten nach und nach durch Migration, Mischehen und kulturelle Assimilation slawisiert werden können, da zu jener Zeit nur eine einzige

dominierende Religion existierte und ethnische Identitäten und Zugehörigkeiten sehr viel fließender waren, als es im 19. und 20. Jahrhundert der Fall werden sollte.

Serbisches Reich

Die erste urkundliche Erwähnung der Serben stammt aus dem Jahr 822: In den *Fränkischen Reichsannalen* werden die *Sorabi* als ein Volk bezeichnet, das einen Großteil Dalmatiens besiedelt. Die Herrschaftsbildung der serbischen Stämme erfolgte verhältnismäßig spät mit einem küstenländischen (Dioklitien, serb. Duklja/Zeta; heute südliches Montenegro und nördliches Albanien) und einem binnenländischen Zentrum (Raszien, serb. Raška). In seiner berühmten Schrift *De administrando imperio* erwähnt der byzantinische Kaiser Kōnstantinos VII. Porphyrogennētos unter anderen Višeslav, den ältesten namentlich bekannten Herrscher von Raška aus der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts.

Nach wechselnder Abhängigkeit von Byzanz, Bulgarien und Kroatien gelang es Fürst Stefan Vojislav Mitte des 11. Jahrhunderts, Zeta und die benachbarten serbischen Stämme unter seiner Herrschaft zu einen. Sein Sohn und Nachfolger Mihailo knüpfte Kontakte zur römischen Kurie und dürfte um 1077 von Papst Gregor VII. die Königskrone erhalten haben. Anfang des 12. Jahrhunderts zerfiel das von Zeta ausgehende Einigungswerk aufgrund dynastischer Streitigkeiten wieder.

Der zweite und schließlich erfolgreiche Versuch der Schaffung eines serbischen Reichs ging von Raška aus. Groß-Župan (*veliki župan*) Stefan Nemanja kündigte 1166/1167 dem byzantinischen Kaiser Manouēl I. Komnēnos den Gehorsam auf. Diesem gelang es allerdings 1172, das Abhängigkeitsverhältnis wiederherzustellen. Erst der nach dem Tod des Kaisers 1180 einsetzende Niedergang des Byzantinischen Reichs, der 1204 in die Eroberung Konstantinopels durch die Kreuzfahrer mündete, gab den serbischen Herrschern genug Spielraum, sich dem byzantinischen Einfluss zu entziehen. Stefan Nemanja stieg zur dominierenden Persönlichkeit auf, bis er sich 1196 von den Regierungsgeschäften zurückzog und Mönch wurde. Sein Sohn Stefan Prvovenčani folgte ihm als Groß-Župan von Raška nach; 1217 erhielt er (der „Erstgekrönte“) von Papst Honorius III. die Königskrone.

Der als heiliger Sava bekannte jüngere Sohn Nemanjas, ein orthodoxer Mönch, missbilligte diese – mit Zugeständnissen an die römisch-katholische Kirche verbundene – Krönung. Später einigten sich die Brüder darauf, sich weiteren kirchenrechtlichen Forderungen Roms zu verweigern. 1219 erreichte Sava nach Verhandlungen mit dem griechischen Patriarchen von Byzanz die Abtrennung der serbisch-orthodoxen Kirche vom Erzbistum Ochrid und deren Anerkennung als autokephale Kirche. Sava wurde zum ersten serbischen Erzbischof

geweiht. Dieser Akt war in mehrfacher Hinsicht bedeutend: Serbien gewann die kirchliche Unabhängigkeit, womit es endgültig zu einer den Nachbarstaaten ebenbürtigen Macht aufstieg. Darüber hinaus verhalf die enge Verflechtung von weltlicher und geistlicher Autorität – personifiziert durch das Brüderpaar Stefan und Sava – dem jungen „Staat“ auch zu politischer Stabilität.

Die Dynastie der Nemanjiden (serb. Nemanjići) stiftete zahlreiche Sakralbauten, die – wie die Klöster von Studenica, Peć (serb., alban. Pejë), Mileševo, Sopoćani, Visoki Dečani (serb., alban. Deçan) und Gračanica (serb., alban. Graçanicë) – zu den bedeutendsten Stätten orthodoxer Kunst zählen. Die Erhebung des Kirchenslawischen zur Liturgiesprache wiederum begründete eine reiche serbisch-kirchenslawische literarische Tradition, zu deren Höhepunkten die von Sava verfasste Vita Stefan Nemanjas gehört.

Der endgültige Aufstieg zur regionalen Großmacht gelang Serbien unter Stefan Uroš III. Dečanski nach dem Sieg über die Bulgaren bei Velbuzd (bulgar. Velbăžd, heute Kjustendil) 1330 und der darauf folgenden Annexion Bulgariens. Unter Uroš' Sohn Stefan IV. Dušan entstand in mehreren Eroberungszügen, die Serbien die dalmatinische Küste, den Großteil Albaniens, Epirus, Makedonien, Teile Mittelgriechenlands und den Norden bis Belgrad einbrachten, das sogenannte Großserbische Reich. Am 16. April 1346 ließ sich Dušan in Skopje zum „Zaren der Serben und Griechen“ krönen. Zu seinen bedeutendsten innenpolitischen Leistungen zählt die Erstellung einer umfassenden Gesetzessammlung (*Zakonik*). Das „Großserbische Reich“ überdauerte seinen Begründer allerdings nicht; nach Dušans Tod 1355 führten die Partikularinteressen des serbischen Hochadels zum Zerfall des Staates und zur Entstehung lokaler Herrschaften auf dem gesamten früheren Reichsgebiet. Mit dem Tod von Zar Stefan Uroš V. 1371 erlosch die Dynastie der Nemanjiden.

Die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts stand im Zeichen der Eroberung weiterer Teile der Balkanhalbinsel durch die Osmanen. Von einschneidender Bedeutung war der osmanische Sieg in der Schlacht an der Marica (bulgar., dt. Maritza) 1371 und nicht – wie es die serbischen Legenden überliefern – der Ausgang der Schlacht auf dem Kosovo polje (serb., dt. Amselfeld) 1389. Im Gegensatz zu den Osmanen schaffte es der zerstrittene serbische Adel danach nicht, wieder ein starkes Heer aufzubauen. Stefan Lazarević konnte sich ein eigenes Herrschaftsgebiet (Despotat) unter osmanischer Oberherrschaft sichern. Mit dem Fall von Smederevo am 20. Juni 1459 an die Osmanen verschwand auch dieses letzte mittelalterliche serbische Fürstentum. (*Martin Prochazka*)

Literatur:

Батаковић Д. Т. et al. 2000: *Нова историја српског народа*. Београд.

Ђоровић В. 2001: *Историја Срба*. Ниш.
Срејовић Д, et al. 1994: *Историја српског народа*. Bd. I. Београд.

Doch genauso wenig wie Bulgariens Zar Simeon I. konnte der serbische Herrscher der Verlockung Konstantinopels und dem Traum von der Errichtung einer neobyzantinischen Autokratie widerstehen. 1355, als er die lange geplante Eroberung Konstantinopels in Angriff nahm, erlag er einem Fieber. Sein Reich – weit von Einigkeit entfernt – löste sich beinahe ebenso schnell auf, wie es aufgebaut worden war. Viele Adelige liefen zu den einfallenden osmanischen Truppen über.

Es liegt, in scheinbarem Kontrast zum akuten Mangel an verlässlicher Information über frühere Perioden, die wichtige Studie von Angeliki Laiou vor, die sich mit der Dorfstruktur, den Siedlungsformen sowie den agrarischen Rahmenbedingungen und Entwicklungen im byzantinisch beherrschten Makedonien vom späten 13. bis zum frühen 15. Jahrhundert beschäftigt. Sie stützt sich weitgehend auf die *praktika* (griech., dt. Besitzinventare) und zeitgenössische fiskalische Klosterdokumente, die in den klösterlichen Archiven auf dem Berg Athos aufbewahrt werden (Laiou 1977: 10–12). Ihrer Ansicht nach kann diese Region als weitgehend repräsentativ für das ländliche Byzanz insgesamt gelten, welches „zu diesem Zeitpunkt auf Teile Thrakiens und Makedoniens, einige Inseln und die Morea begrenzt“ war (ebd.: 7). Den Ansichten Ostrogorskys folgend, lautet ihre wichtigste These: „Während der letzten beiden Jahrhunderte ihres Bestehens bekam die byzantinische Gesellschaft einen stark feudalistischen Charakter“, denn „Staatseinkünfte aus der Landwirtschaft wurden von der Dynastie der Paläologen unter ihrer Gefolgschaft und den Staats- und Militärbeamten in Form der *pronoia* aufgeteilt“; diese bildeten ursprünglich präbendale Einkünfte, also Einkünfte aus kirchlichen Pfründen, für geleistete Staatsdienste. „Bald wurden viele der *pronoiai* erblich“, während die *pronoia*-Inhaber ihre Dienstverpflichtungen immer mehr vernachlässigten. Somit „wurde aus einer anfangs vorrangigen Zuweisung von Einkünften oft gleichzeitig eine Zuweisung von Territorialrechten. Das Land wurde unter großen und kleinen Grundbesitzern aufgeteilt; ihre Einkünfte bestanden aus den Steuern, welche die Bauern ursprünglich an den Staat gezahlt hatten, und aus einem Teil des Überschusses, der als Pacht gezahlt wurde (...). Aus dem Bauer wurde ein *paroikos*, ein abhängiger Bauer, wenn Gruppen oder ganze Familien den Landbesitzern zugewiesen wurden“; diese (so behauptet sie) interessierten sich kaum für Land, solange nicht eine Anzahl billiger Arbeitskräfte daran gebunden war, um es zu bewirtschaften (ebd.: 4 f.). „Falls während dieser Zeit tatsächlich ein freier, unabhängiger Bauer existiert hat, ist er so gut wie unsichtbar, jedenfalls in den *praktika*“ (ebd.: 11).

Die paroikoi waren keine Sklaven. Ihre Grundbesitzer hatten nicht das Recht, über ihr Leben und ihren Tod zu entscheiden. Die paroikoi wurden nicht als res angesehen wie einst die Sklaven vor dem römischen Recht (...). Sie konnten ihren Besitz an ihre Kinder weitervererben, sie konnten Testamente verfassen, sie konnten ihren Besitz verlassen (...), dazu brauchten sie nicht die Erlaubnis ihres Grundbesitzers (...). Somit besaß der paroikos vor dem Gesetz beachtliche Rechte, sowohl in Bezug auf seine Person als auch auf sein Eigentum. Seine Abhängigkeit war jedoch real. Er bezahlte seine staatlichen Steuern an den Grundbesitzer, er bezahlte dem Grundbesitzer eine Pacht, um sein Land zu bewirtschaften, und er hatte dem Herrn auf verschiedene Weise „Dienste“ zu leisten. Außerdem war es nicht vorgesehen, dass der paroikos dem Grundbesitzer seine Dienste aufkündigte (ebd.: 145).

Wie stark die Freizügigkeit der byzantinischen Bauern auch eingeschränkt gewesen sein mag, Laiou führt beachtliche Belege dafür an, dass die Mobilität in Wirklichkeit doch eher hoch war, nicht zuletzt weil es vielerorts vor den Auswirkungen von Invasionen, Kriegen, Epidemien und anderem Unheil zu fliehen galt (ebd.: 247–253).

Laiou meint, die wirtschaftlichen Grundpfeiler des süd-makedonischen Dorfes seien „im 14. Jahrhundert weitgehend die gleichen wie heute“ gewesen. Getreidesorten wie Weizen, Gerste und Hirse waren die gewöhnlichen Feldfrüchte und wurden entweder in Frondiensten für den Grundbesitzer auf seinem unverpachteten Land angebaut oder auf Land, das auf der Basis von Ernteanteilen von einem Grundbesitzer verpachtet war; ergänzend hinzu kamen Gemüse, Obst, Nüsse, Wein, die Bienen- und die Seidenraupenzucht, der Fischfang sowie die Zucht von Schafen, Ziegen, Schweinen und Hühnern, entweder auf den kleinen Grundstücken der Bauern oder auf der Allmende, dem gemeinsam genutzten Gemeindegut (ebd.: 28–33). Ein typisches Dorf konnte sich somit weitgehend selbst versorgen und bildete „eine komplette produktive Einheit“ (ebd.: 46). Auch in fiskalischer Hinsicht und vor dem Gesetz stellte das Dorf eine Einheit dar, und es behielt seine „Rechte“ sogar dann, wenn es einem Grundbesitzer zugewiesen worden war. „Im Zuge der Feudalisierung wurden Dörfer Großgrundbesitzern zugesprochen, aber in den Augen des Fiskus bildeten sie weiterhin eine Einheit. Das Dorf hörte nicht auf, als Kollektiv eine Einheit zu sein, nur weil es einem Grundbesitzer zugesprochen worden war; insofern war es möglich, den Begriff ‚Rechte‘ in Zusammenhang mit abhängigen Dörfern zu gebrauchen“ (ebd.: 48, 51 f.). In rechtlichen Angelegenheiten gegenüber dem Grundbesitzer bildeten byzantinische abhängige Dörfer weiterhin eine zusammenhängende Gemeinschaft (ebd.: 62). Das Recht, den Erstanspruch auf verlassenes

Dorfland zu erheben, welches das erwähnte Bauerngesetz noch der Dorfgemeinschaft zugesprochen hatte, war bis zum 10. Jahrhundert auf den Staat übergegangen und bis zum 14. Jahrhundert auf den Grundbesitzer (ebd.: 55).

Laiou nimmt an, dass die durchschnittliche Einwohnerzahl eines Dorfes eher höher war als 22,5, wie Aleksandr P. Kazhdan errechnet hat (ebd.: 42). Aufgrund dessen vermutet sie weiter, die durchschnittliche Bevölkerungsdichte habe auf dem Land etwa 34 Personen pro Quadratkilometer betragen; das entspricht mehr als der doppelten Anzahl, die N. K. Kondov kalkuliert, und etwa der Hälfte der Bevölkerung der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts (ebd.: 43). Kernfamilien herrschten gegenüber komplex strukturierten Familienformen vor (ebd.: 79, 81). Im 14. Jahrhundert war nur ein kleiner Anteil des Bodens der makedonischen Dörfer kultivierbar, die Saat ergab ein Ertragsverhältnis von drei zu eins, die landwirtschaftlichen Gerätschaften umfassten Sicheln, Spaten, Wassermühlen, Windmühlen sowie mit Zugtieren betriebene Mühlen, und die Dorfbewohner waren Naturkatastrophen und Verwüstungen durch Menschenhand fast schutzlos ausgeliefert (ebd.: 67–69). Außerdem gab es eine leichte berufliche Differenzierung, sodass die Nachfrage nach Handwerksdienstleistungen innerhalb des Dorfes gestillt werden konnte (ebd.: 126).

Laiou's Ansicht nach überlieferten „die wenigen erhaltenen Dokumente“ aus dem späten 14. und frühen 15. Jahrhundert „ein sehr düsteres Bild vom byzantinischen Landleben (...); in dieser Periode war das Land verwüstet und entvölkert; es gab kaum Menschen und Land im Überfluss – wenn auch unbewirtschaftet. Die Produktivität war sehr niedrig“. Verschlimmert (wenn nicht gar verursacht) wurde die Krise durch die verheerenden Auswirkungen von Krieg und Pest (ebd.: 7).

Insgesamt (...) hatte das makedonische Dorf des 14. Jahrhunderts seine Unabhängigkeit verloren oder war gerade auf dem schnellsten Wege dahin. Es wurde von Bauern bewohnt, die von weltlichen oder klösterlichen Grundbesitzern abhängig waren. Das Dorf hatte in fiskalischer Hinsicht viele seiner gemeinschaftlichen Rechte und Verantwortungen eingebüßt, und doch hatte es in mancher Beziehung eine gewisse Geschlossenheit und einige Spuren seiner Gemeinschaftsfunktion bewahrt. In den Augen des Fiskus existierte es weiter als Einheit, die sich aus dem Land und seinen Bewohnern zusammensetzte; es hatte sogar einige kollektive Verpflichtungen – jedoch nicht dem Staat, sondern dem Grundbesitzer gegenüber. Letztlich agierte das Dorf wahrscheinlich in seinen Beziehungen mit dem Grundbesitzer als Einheit, und es behielt seine Gerichts- sowie Verwaltungsfunktionen (ebd.: 64).

Laiou legt zwar eine wichtige und verdientermaßen einflussreiche Studie vor, doch sollten einige ihrer Behauptungen mit Vorsicht genossen werden. Es ist gewagt, aufgrund einer Studie über nur eine Region (Südmakedonien) Verallgemeinerungen über die Bedingungen und den Entwicklungsverlauf des byzantinischen Landlebens zu treffen und sich in weiten Teilen auf nur einen Quellentyp (die klösterlichen *praktika*) zu stützen. Aufgrund dieser Aktenlage behauptet Laiou, die unabhängigen Kleinbauern seien fast vollständig verschwunden und gänzlich von abhängigen *paroikoi* abgelöst worden. Wie sie jedoch selbst einräumt, sind nur sehr wenige nichtklösterliche *praktika* erhalten, denn „die Kirche war die einzige Institution, deren Besitztümer relativ unbehelligt blieben, und die einzige Institution, welche die Dokumente zu archivieren in der Lage war“; zudem sei naturgemäß zu erwarten, dass Bauern, die auf Klosterland lebten, *paroikoi* waren – und tatsächlich, „die in Klosterarchiven erhaltenen Dokumente drehen sich fast ausschließlich um abhängige Bauern, *paroikoi*“ (ebd.: 10 f.).

Man kann wenig daran ändern, dass der einzige größere erhaltene Quellenkorpus über weite Strecken sehr selektiv ist. Nichtsdestotrotz hält es Laiou für „sehr wahrscheinlich, dass das Gros der Bauernschaft im spätbyzantinischen Reich aus abhängigen Bauern bestand und somit unter ähnlichen Bedingungen lebte, wie sie in den Dokumentationen beschrieben werden“, obwohl sie keinerlei Belege anführt, die solche Behauptungen stützen. Dagegen muss auch in Betracht gezogen werden, dass Laious Beweismaterial unter Umständen nur auf eine einzelne (wenn auch wichtige) Komponente der byzantinischen Landbevölkerung zutrifft und dass neben dieser benachteiligten Gruppe – wie in früheren Jahrhunderten auch – noch andere, besser gestellte oder weniger abhängige Bauern existierten.

Wie Alan Harvey (1989) bezweifelt auch Jacques Lefort solche apokalyptischen Darstellungen des Dorfes im spätbyzantinischen Reich, wie sie etwa von Ostrogorsky (1968) und Laiou (1977) vertreten werden. Lefort vermutet, dass vom 10. Jahrhundert bis zum verheerenden Wüten der Pest ab 1347 die Bevölkerungszahlen auf dem Balkan erheblich anstiegen und dass dieses Bevölkerungswachstum eine Intensivierung, Diversifikation und effektivere Flächenstrukturierung der Landwirtschaft zur Folge hatte; es wurden vermehrt Bewässerungsanlagen und Wasserumleitungen für den Betrieb von Mühlen geschaffen, Fruchtwechsel und die Untersaat eingesetzt, zunehmend Grenzmauern und -gräben errichtet, Weiden, Fischfang und Holzfällerei stärker reguliert sowie Nutzpflanzen wie Flachs und Maulbeeren (für die Seidenraupenzucht) eingeführt (Lefort 1993: 104–107). Gleichzeitig, so Lefort, waren die relativ große Mobilität der Bevölkerung und die verbreitete Geldwirtschaft

einer stärkeren Kommerzialisierung, höheren Spezialisierung sowie dem Marktwesen und Dorfhandwerk förderlich (ebd.: 110 f.). Er misst auch dem „generellen Gebrauch des Begriffes ‚paroikos‘ als Bezeichnung für ‚Bauern‘“ ab dem 11. Jahrhundert weniger Bedeutung bei, welcher seit langem als Beweis für „einen massiven Wandel im Status der Bauernschaft“ ausgelegt wird. Seiner Ansicht nach lässt sich vielmehr beobachten, dass ab dem 11. Jahrhundert der Staat in zunehmendem Maße einzelnen Beamten oder Pfründnern Staatseinkünfte aus bestimmten Dörfern als Dienstvergütung oder als Belohnungen zuwies. „Da die Steuerzahler aus diesen Dörfern ihre Steuern nicht mehr an den Staat, sondern an einen Pfründner zahlten, wurde es Usus (...), diese Steuerzahler ‚paroikoi‘ zu nennen, obschon ihnen das Land nach wie vor gehörte.“ Zusätzlich „verwischte sich innerhalb der Bauernschaft der Unterschied zwischen Grundbesitzern und Pächtern immer mehr“, denn „mit Sicherheit ab dem 13. Jahrhundert, wahrscheinlich aber schon früher, (...) waren die meisten von ihnen beides, sowohl Grundbesitzer als auch Pächter“ (ebd.: 112). Überdies weist er jene gängigen Behauptungen zurück, denen zufolge sich die Durchschnittsgröße des bäuerlichen Grundbesitzes verringert habe, indem er darauf verweist, dass diese Schätzungen um bis zu vierhundert Prozent voneinander abweichen und somit „wertlos“ seien (ebd.: 108). Die Auswertung der Forschungsliteratur zeigt hier einmal mehr, in welchem hohem Maße weiterhin Hypothesen und wenig gesicherte Informationen bestimmend sind.

Was die Lebensbedingungen im Byzanz des 14. Jahrhunderts betrifft, so legen die archäologischen Funde nahe, dass „ein Großteil der Bevölkerung in Hütten lebte. Diese waren entweder rechteckig oder quadratisch geformt, mit Seiten von jeweils etwa drei bis fünf Meter Länge, und ein gutes Stück in den Boden eingelassen. Einige Pfähle an den Ecken der Gräben und bisweilen ein Mittelpfosten trugen das Dach; die Wände, die über der Erde waren, bestanden aus Holzbrettern, die mit einer Lehmschicht bedeckt waren“ (Harvey 1989: 191). Es liegen auch archäologisch weniger fundierte Hinweise auf Dörfer aus dem 14. Jahrhundert in Siebenbürgen und der Walachei vor. D. C. Giurescu zufolge gab es zu dieser Zeit in Siebenbürgen 3000 bis 3500 Dörfer, in der Walachei 2000 bis 2500 (Giurescu 1981: 112). Diese konnten sowohl weit verstreut als auch in Agglomerationen auftreten. Die Behausungen waren in der Regel rechteckig und in den Boden eingelassen. In der Walachei und der Moldau umfasste ein typisches Dorf fünfzehn bis dreißig Höfe, in Siebenbürgen waren es dagegen für gewöhnlich dreißig bis vierzig.

4. Die osmanische Ära (von der Mitte des 15. bis zum späten 17. Jahrhundert)

4.1 Die osmanische Eroberung

Die Europäer traf die plötzliche „türkische Bedrohung“ (wie es Zeitgenossen empfanden) gänzlich unerwartet, aber die tiefe Spaltung zwischen und innerhalb der römisch-katholischen und der orthodoxen Christenheit schwächte ihre Widerstandskraft gegen die osmanische Expansion noch mehr, genauso wie die verheerenden Beulenpestepidemien, die sich 1347 von Konstantinopel nach Westen ausbreiteten und dabei über mehrere Jahrzehnte hinweg die Bevölkerung in den verschiedenen Gebieten dezimierten und in Schrecken versetzten. Ab dem frühen 15. Jahrhundert wäre eigentlich eine Erholung der stark geschwächten byzantinischen Bevölkerung zu erwarten gewesen, da die Beulenpest „einen Teil ihres Schreckens verloren“ hatte, aber zu diesem Zeitpunkt war das Reich bereits zu klein, als dass man noch einen Nutzen daraus hätte ziehen können. Seines früheren Hinterlandes weitgehend beraubt, war Konstantinopel „nur noch ein sicherer und bequemer Hafen“ für Schiffe, die zwischen dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meer unterwegs waren (Treadgold 1997: 840). Die ersten Male kamen die Osmanen 1345/1347 und 1349 als Söldner im Dienste des byzantinischen Usurpators, Iōannēs VI. Kantakouzēnos, auf den Balkan. 1352/1354 erschienen sie abermals und nahmen Çimpe (türk.) und Gallipoli (türk., hist. Gelibolu) ein. Bis 1365 hatten die Osmanen den Osten Thrakiens unterworfen und ihre Hauptstadt von Bursa (türk., hist. Brussa) nach Adrianopel verlegt. Dieses Gebiet, zusammen mit Konstantinopel nach seiner Eroberung durch die Osmanen 1453, entspricht in etwa dem europäischen Teil der heutigen Türkei und ist der einzige Teil des Balkans, der jemals intensiv von Türken besiedelt wurde.

Nachdem die Osmanen 1346 in der Nähe von Adrianopel und 1371 im Tal der Maritza große christliche Verbände vernichtend geschlagen hatten, eroberten sie zwischen 1380 und 1388 weite Teile des mittleren Balkans. Am 15. (28.) Juni 1389 besiegten die Osmanen – so die südslawische Überlieferung – eine große christliche Koalition aus serbischen, bosnischen, montenegrinischen, bulgarischen, albanischen und walachischen Truppen in der Schlacht auf dem Amselfeld (Kosovo). Beide Seiten verloren ihre Anführer, erlitten schwere Verluste und mussten sich zurückziehen. Die serbischen und bosnischen Truppen waren danach jedoch äußerst geschwächt, während die Osmanen weiterhin über große militärische Reserven verfügten, mit denen sie in der Lage waren, bis 1392 die christlich-orthodox beherrschten Gebiete zu unterwerfen, abgesehen vom bosnisch regierten Hum und den abgelegenen Bergsiedlungen von Zeta.

Die Osmanen behandelten die christlichen Fürsten und Bojaren oft recht wohlwollend, ließen ihnen Besitztümer und ihren privilegierten Status, gewährten ihnen sogar teilweise Eingang in die osmanischen Landbesitzerschichten, und viele orthodox-christliche Fürsten, Landbesitzer und Glücksritter machten als osmanische Staatsdiener Karriere. Einige konvertierten auch zum Islam, um so ihre Karrieremöglichkeiten unter der osmanischen Herrschaft zu verbessern oder wenigstens abzusichern. Dies trug zur Entstehung der einzigen größeren nichttürkischen muslimischen Gemeinschaften auf dem Balkan bei, besonders in Bosnien, der Herzegowina, in Albanien, Kosovo und Westmakedonien.

Viele der christlichen Kaufleute, Handwerker und Bauern hatten guten Grund, die relative Stabilität und Sicherheit, welche die Osmanen während ihrer Blütezeit (der sogenannten *Pax Ottomanica*) boten, der Instabilität, Unsicherheit, Unordnung, Erpressung und Korruption vorzuziehen, die den Balkan am Vorabend der Eroberung durch die Osmanen kennzeichneten. Die zunehmend unterdrückten Bauern hatten unter anarchischen Bedingungen sowie den überzogenen fiskalischen und herrschaftlichen Forderungen der Krieg führenden christlichen Herrscher des Balkans schwer gelitten. Die neuen osmanischen Machthaber zeichneten sich nicht durch grausamere Regierungsmethoden aus als die christlichen Unterdrücker und wurden in manchen Gegenden gar als Befreier angesehen. Während des 15. und 16. Jahrhunderts

brachten die Osmanen das Land, das sich in den Händen lokaler Herren befand, wieder in Staatsbesitz oder unter staatliche Kontrolle (...). Es ist wahr, dass sie vielfach Teile dieser Ländereien wieder ihren früheren Eigentümern zuwies, aber diese standen nun als Inhaber osmanischer tîmare unter strenger staatlicher Kontrolle (...). Unter der neuen Regierung wurden viele Frondienste und andere feudale Pflichten einfach abgeschafft. Steuern und Steuerbefreiungen, der Status von Gruppen und Einzelnen sowie Landrechte wurden sämtlich durch Gesetze geregelt, die zentral von der Regierung erlassen wurden (...). Mit ihrer Verwaltung und Ausführung wurden die kadis (Richter) und begs (Kommandanten) des jeweiligen Bezirks betraut (...). Das osmanische Steuersystem war weniger kompliziert, und die Steuern waren anfangs auch niedriger (...) als im früheren byzantinischen System auf dem Balkan (Inalcik 1997: 15 f.).

Bis 1400 war der südliche Teil des Balkans unter osmanische Herrschaft gefallen. Nur Konstantinopel, Ragusa (heute kroat. Dubrovnik), Montenegro, die weitgehend venezianisch beherrschte griechische Ägäis sowie der römisch-katholische Nordwesten (der im

katholischen Europa um Hilfe bitten konnte) waren in der Lage, einem weiteren Vordringen Widerstand zu leisten. 1396 wurden jedoch die katholischen Truppen auf dem Balkan bei Nikopolis (bulgar. Nikopol) von den Osmanen vernichtend geschlagen. Nichtsdestotrotz fehlten den Osmanen immer noch die Feuerkraft und die Stärke als Seemacht, um die gewaltigen Mauern Konstantinopels und seine „maritime Rettungsleine“ zur Außenwelt zu zerstören.

Dann stürmte im Jahre 1402 der mongolische Khan Timur (1360–1405), genannt der Lahme, aus Samarkand von Zentral- nach Kleinasien, schlug Sultan Bayezid I. Yıldırım (Bayezit I., dessen turkstämmige Truppen zu Timur überliefen, wohingegen seine christlichen Vasallen auf dem Balkan loyal blieben), nahm ihn gefangen und kehrte 1403 so schnell nach Zentralasien zurück, wie er aufgetaucht war. Nach elf Jahren der Unordnung und der Machtkämpfe (1403–1413) wurden die Kerngebiete des Hauses Osman unter Sultan Mehmed I. (1413–1421) wiedervereinigt. Nicht nur türkische Siedler und Kaufleute, sondern auch viele christliche Bauern, Kaufleute und Landherren begrüßten die Wiederherstellung der *Pax Ottomanica* im Südosten des Balkans, den die Osmanen als Ausgangspunkt für ihre Eroberungen der übrigen Balkangebiete, Ungarns, Anatoliens, Südkaukasiens und weiter Teile der arabischen Welt nutzten. Die Balkanhalbinsel wurde „zum Rückgrat des Osmanischen Reichs, und dies nicht nur in politischer Hinsicht: Im 15. und 16. Jahrhundert wurden die osmanischen Hauptstädte Edirne und (nach 1453) Istanbul mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen von dort beliefert“ (ebd.: 256). 1485 bezog das Osmanische Reich über achtzig Prozent seiner Einkünfte aus den Balkangebieten, und 1527/1528, nach der Eroberung weiträumiger arabischer Gebiete, lag dieser Anteil immer noch bei vierzig Prozent (ebd.: 55, 83).

Bis zum Jahr 1443 errangen christliche Truppen unter ungarischer Führung wichtige Siege über die Osmanen. Das Blatt wendete sich, als Sultan Murat II. (1421–1451) sie 1444 bei Varna und 1448 auf dem Amselfeld entscheidend schlug. Sultan Mehmed II. übertrumpfte ihn noch, als er 1453 erfolgreich Konstantinopel belagerte und einnahm. Mit der Eroberung Konstantinopels vollzog sich der Wandel der Osmanen von einer „orientalischen Horde“, die auf wechselnden Schauplätzen agierte, zu einer dynamischen imperialen Macht. Konstantinopel war noch immer Teil wichtiger Handelsnetzwerke, die von einer solchen Macht leicht wiederbelebt werden konnten. Die Kontrolle über die Verbindung zwischen dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meer verschaffte den Osmanen auch Zugang zu riesigen neuen Vorräten an Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Arbeitskräften, weil die vornehmlich

griechischen und italienischen Kaufleute immer noch regen Handel mit Getreide, Pferden, Metallen, Fischen, Holz und Sklaven zwischen Schwarzem Meer und Europa trieben.

Nach 1453 fiel der Rest des christlich-orthodoxen Balkans schnell an die Osmanen. Außer Bulgarien, das bereits im Vorfeld der Eroberung Konstantinopels unterworfen worden war, eroberten sie 1456–1459 das restliche Serbien und die griechische Halbinsel, 1463 Bosnien, 1467–1479 Albanien, 1482–1483 die Herzegowina, 1499 Montenegro und schließlich 1521 das von Ungarn verteidigte Belgrad. Die Walachei und Moldau ergaben sich 1476 beziehungsweise 1521 der osmanischen Herrschaft, behielten aber eine beachtliche Autonomie. Von den vierziger Jahren des 16. bis zu den neunziger Jahren des 17. Jahrhunderts beherrschten die Osmanen auch Teile Kroatiens, Siebenbürgens und das engere Ungarn. Nur die Seehandel treibende Republik von Ragusa, die venezianisch beherrschten Häfen in Dalmatien und Albanien sowie verschiedene Inseln in der Ägäis und der Adria entzogen sich weiterhin osmanischer Kontrolle.

Bosnien (Fürstentum und Königreich Bosnien im Mittelalter)

Zum ersten Mal erwähnt wird Bosnien im 10. Jahrhundert in Könstantinos VII. Porphyrogennētos' *De administrando imperio* genannter Lehrschrift. Es umfasste ursprünglich den nördlichen und zentralen Teil des heutigen Territoriums von Bosnien und Herzegowina. Die ersten genau zuzuordnenden Siedlungen gehen auf Illyrer und Kelten ab dem 4. Jahrhundert v. Chr. zurück. Die Einwanderung slawischer Völker in das in der spätrömischen Epoche auch als *Illyricum* bezeichnete Gebiet begann im 6. Jahrhundert. Deren Ethnizität wurde später als serbische beziehungsweise kroatische nationalistisch instrumentalisiert, ist jedoch nicht eindeutig feststellbar. Vermutlich ließen sich zu jener Zeit bereits auch Walachen nieder.

Bosnien war Teil verschiedener Reiche. Bis nach 870 herrschten die Franken. Die seit Anfang des 10. Jahrhunderts bestehende Zugehörigkeit zum kroatischen Reich wurde durch kurzzeitige serbische, bulgarische und byzantinische Oberherrschaften unterbrochen und dauerte bis Ende des 11. Jahrhunderts an. Die Herausbildung einer autonomen Verwaltung vollzog sich erst im 12. Jahrhundert im Rahmen der Expansion Ungarns. Dessen Könige setzten die bosnischen Fürsten in den Rang eines Bans.

Ab der Zeit Ban Boriks (1154–1163) und Ban Kulins (1180–1203) bestand de facto eine autonome Verwaltung, obwohl Kulin die ungarische Krone und formal auch die Hoheit des Papstes anerkannte. Es setzte ein reger Handelsverkehr mit Ragusa (heute kroat. Dubrovnik)

ein. Die hauptsächliche Einnahmequelle Bosniens war bereits zu dieser Zeit der Eisen- und Silberabbau im Jahorina-Gebirge.

Zu den religiösen Besonderheiten des mittelalterlichen Bosnien zählt die um 1200 entstandene, von orthodoxer wie katholischer Seite als häretisch eingestufte „bosnische Kirche“, die Vorstellungen der Katharer und Albigenser wie auch Elemente der Bogomilen in modifizierter Form vereinte. Sie verdankte ihre Attraktivität sowohl dem Widerstand der bosnischen Geistlichkeit gegen den von Ungarn ausgehenden Einfluss der römisch-katholischen Kirche als auch dem Unabhängigkeitsstreben des Adels. Das Bündnis von Adel und Geistlichkeit bewährte sich in dem nach 1232 von den ungarischen Königen András II. und Kálmán geführten Kreuzzug gegen die bosnische Kirche, den Ban Matej Ninoslav jedoch abwehren konnte. Nachdem die nördlichen Teile des Landes, Usora und Soli (Tuzla), abgetrennt und dem ungarischen Banat Macsó (serb. Mačva) einverleibt worden waren, gelangte Bosnien 1299–1322 an die kroatischen Šubići, deren Herrschaft mit einer Verschwörung des bosnischen Adels und dem Beginn der Dynastie der Kotromanići endete.

Unter Ban Stjepan II. Kotromanić erfuhr das Land eine bedeutende Ausdehnung. Er führte Bosnien die kroatischen Gebiete Duvno, Livno, Glamoč und 1325 schließlich Hum (Zahumlje, die spätere Herzegowina) zu. Durch den Erwerb der Küstenregion zwischen Ragusa und Omiš sicherte sich Stjepan auch einen Zugang zur Adria. Es werden ihm Vorstöße auf die dalmatinischen Inseln bis Korčula (damals im Besitz Venedigs) zugeschrieben.

Die Beziehungen zu Serbien eskalierten nach der Zarenkrönung Stefan IV. Dušans 1346 zu kriegerischen Auseinandersetzungen, die nur durch die Vermittlung Venedigs beigelegt werden konnten. Die Machtstellung Stjepans verdankte sich wesentlich dem ungarischen Königshaus Anjou, das Bosnien ähnlich wie auch Serbien an sich zu binden trachtete. Stjepans Verhältnis zum Papsttum gestaltete sich kompliziert, da er die bosnische Kirche in seinem Herrschaftsbereich anfänglich wohlwollend duldete. Die Beziehungen besserten sich, als er nach 1340 den Franziskanern die Gründung einer Mission gestattete. Die Franziskaner wirkten maßgeblich in den bosnischen Kanzleien, in welchen neben der lateinischen Schrift auch die *Bosančica* in Verwendung war.

Wirtschaftliche Grundlage der Politik Stjepans war der mit Hilfe deutscher Bergleute aus Ungarn (slaw. *Sasi* „Sachsen“) intensivierter Bergbau. Anfang des 15. Jahrhunderts deckten Bosnien und Serbien mehr als die Hälfte des europäischen Bedarfs an Silber ab. Das Handelsmonopol für Bosnien hatte Ragusa inne, das auch großen Anteil an der katholischen Prägung wichtiger Handelsstädte wie Foča und Zvornik hatte. Zusätzliche Einnahmen

erwachsen Bosnien aus der Beteiligung am Sklavenhandel mit dem westlichen Mittelmeergebiet, der eventuell auch einen Kontakt mit dem Islam bereits vor der osmanischen Eroberung zur Folge hatte.

Die territoriale Ausweitung Bosniens setzte sich unter Tvrtko I. Kotromanić fort. Das serbische Zarenreich, inzwischen in mehrere Despotate zerfallen, verlor an Bosnien Gebiete an Drina und Lim (Trebinje, Prijepolje, Mileševo). 1377 ließ sich Tvrtko am Grab des heiligen Sava in Mileševo zum „König Serbiens, Bosniens und des Küstenlandes“ krönen und nahm 1389 an der Schlacht auf dem Amselfeld teil. Nachdem sich seine Besitzungen an der dalmatinischen Küste ausgebreitet hatten, nannte sich Tvrtko 1390 „König von Dalmatien und Kroatien“. Tvrtkos Nachfolger erwiesen sich nach dessen Tod 1391 den adeligen Partikularinteressen gegenüber als machtlos. Bereits 1393 gelang es dem ungarischen Königreich, die kroatischen und dalmatinischen Besitztümer Bosniens unter seine Herrschaft zu bringen. Der vergleichsweise raschen Eroberung Bosniens durch das Osmanische Reich 1463 gingen Tributleistungen an die Hohe Pforte (seit 1428) und die Gründung des osmanischen Vilayets im zentralbosnischen Raum nach 1448 voraus. Die massiven, durch das franziskanische Vikariat unterstützten Versuche einer Rekatholisierung Bosniens unter den letzten beiden Königen, Stjepan Ostojić und Stjepan Tomašević, verfehlten ihr Ziel: Sie sollten den Beistand katholischer Mächte erwirken. 1463 wurden auch die restlichen bosnischen Territorien dem Osmanischen Reich einverleibt. (*Robert Mießner*)

Literatur:

Ćirković S. 1983: Bosnien. *Lexikon des Mittelalters* 2. Frankfurt/Main, 472–477.

Lovrenović I. 1998: *Bosnien und Herzegowina. Eine Kulturgeschichte*. Wien (= Transfer Europa 14).

Malcolm N. 1996: *Geschichte Bosniens*. Frankfurt/Main.

4.2 Der Balkan unter osmanischer Herrschaft

Viele Historiker zeichnen grausige Bilder über die Auswirkung der osmanischen Eroberungen im südöstlichen Europa, allen voran einige semioffizielle pseudomarxistische „Nationalgeschichten“, die in kommunistischer Zeit veröffentlicht wurden. Eine typische marxistisch-leninistische Geschichte Bulgariens resümiert:

Bulgariens Unterwerfung durch die Türken läutete den bittersten Abschnitt in der Geschichte des bulgarischen Volkes ein, eine Periode von beinahe 500 Jahren der Fremdherrschaft. Während dieser wurde die schiere Existenz der Bulgaren als Nation bedroht, infolge ihrer Vernichtung, Vertreibung, Assimilierung und der brutalen

Unterdrückung und Ausbeutung, der sie von den türkischen Eroberern ausgesetzt waren. Die Fremdherrschaft hielt die Entwicklung der Produktionskräfte des Landes auf, schnitt den Kontakt der Bulgaren zu allen anderen Nationen ab und brachte ihre freie kulturelle Entwicklung zum Stillstand. Bulgariens Eroberung durch die Türken ging mit der Zerstörung ganzer Städte und Dörfer einher, mit der Vernichtung, Versklavung und Vertreibung der Bevölkerung. Bislang blühende Städte und Dörfer verfielen zu Ruinen, und das Land verwandelte sich in eine Wüste. Die Bevölkerung ganzer Regionen war gezwungen, in den Bergen und in abgelegenen Gebieten Zuflucht zu suchen (...). Die Unterwerfung durch die Türken hatte den Verfall von Handel und Gewerbe zur Folge (...). Viele Handwerker und Händler verschwanden (...), andere wurden in die Sklaverei verkauft (...). Die türkische Obrigkeit (...) setzte Gewalt, Bestechung und Lügen ein, um die bulgarische Bevölkerung dazu zu zwingen, den christlichen Glauben abzulegen (...). Viele Kirchen und Klöster (...) wurden zerstört (...), und es war lange Zeit verboten, die zerstörten Kirchen wiederaufzubauen (...). Die bulgarische Feudalklasse (...) wurde ausgelöscht (Hristov 1985: 63–65).

Eine vergleichbare Geschichte Bulgariens führt aus, dass ein „beträchtlicher Teil der bulgarischen Bevölkerung unter der türkischen Herrschaft umgebracht wurde (...). Man hat nachgewiesen, dass die einheimische Bevölkerung des Balkans unter der türkischen Herrschaft halbiert wurde“ (Gyuzelev 1981: 30).

Im selben Buch ist auch zu lesen:

Die Bulgaren erlitten infolge der osmanischen Invasion auch eine schwere demografische Katastrophe. Es ist schwierig, die genaue Anzahl der Todesopfer der Invasion festzustellen, aber die vorhandenen Daten deuten auf eine Massenvernichtung hin. Auch durch die Sklaverei verringerte sich die Anzahl der Bulgaren in der Region. Zehntausende wurden auf Sklavenmärkten verkauft. (...) Auch die Strategie der Invasoren, das türkische Element auf dem Balkan in Hinblick auf eine allmähliche Assimilierung des christlichen Elements zu stärken, hatte schwerwiegende demografische Veränderungen zur Folge. Christen wurden in Massen gezwungen, nach Kleinasien zu ziehen, und deren Stelle wurde von Muslimen eingenommen (Markova 1981: 35).

Diesen Feststellungen ist entgegenzusetzen, dass zwischen 1500 und 1900 als Folge ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels und nicht notwendigerweise durch Zerstörung

überall auf der Welt Orte verfielen und verschwanden, genauso wie andernorts neue Siedlungen entstanden. Zweifellos fiel eine große Anzahl Christen der osmanischen Eroberung zum Opfer. Zwangskonversion, Enteignung und Ermordung prägten jedoch auch die Jahrhunderte davor. Beweise für deren signifikante Zunahme während der Osmanenzeit gibt es kaum. Es ist allerdings weithin anerkannt, dass die *Pax Ottomanica* gegenüber den vorangegangenen Missständen, Verwüstungen und langwierigen Konflikten zwischen rivalisierenden christlichen Lagern anfangs eine deutliche Verbesserung darstellte. Die Zahl christlicher Fürsten und Adelige nahm ab, jedoch weniger als Folge gewaltsamer Islamisierung, sondern aufgrund des natürlichen Rückgangs und einer allmählichen Assimilierung in die Grundbesitzerschichten des Osmanischen Reichs. Häufig schloss dies eine freiwillige Konvertierung zum Islam mit ein sowie gleichzeitig die Annahme türkischer Namen, Kleidung, Sitten und Gebräuche. Anfangs wurden Thrakien und der Osten des Balkans nur in geringem Maße turkisiert: „Abgesehen von der osmanischen Politik, aufreißerische Nomadengruppen in den Balkan zu senden, um neue Eroberungen zu turkisieren und zu sichern, fand während des 14. Jahrhunderts auch eine weitflächige freiwillige Binnenmigration statt“ (Inalcik 1997: 34 f.). Bis zum frühen 16. Jahrhundert wurden in den osmanisch beherrschten Balkangebieten etwa 50.000 muslimische und etwa 700.000 nichtmuslimische Haushalte registriert (ebd.: 26, 37). Nichts von alledem scheint jedoch durch Massenvernichtungen, Deportationen oder Zwangskonvertierungen erwirkt worden zu sein.

Es bleibt noch zu erklären, wie die Muslime im Laufe der Zeit eine Mehrheit innerhalb der Bevölkerung im osmanisch beherrschten Bosnien wurden. Dieser Prozess ging langsam vonstatten. Osmanische Steuerregister zeigen, dass die Muslime in den Jahren 1468/1469 weniger als zehn Prozent der Bevölkerung in Mittel- und Ostbosnien ausmachten. 1485 wurden für den Sandschak Bosnien immer noch etwa 155.000 Christen und lediglich 22.000 Muslime verzeichnet. Allerdings war bis zu den zwanziger Jahren des 16. Jahrhunderts die christliche Bevölkerung auf ungefähr 98.000 geschrumpft, während die muslimische auf 84.000 angestiegen war. Im späten 16. und beginnenden 17. Jahrhundert bildeten die Muslime eine Mehrheit. Es gibt jedoch keine Belege für massive Zwangskonvertierungen zum Islam oder für Massenzuströme von Muslimen nach Bosnien während des ersten Jahrhunderts osmanischer Oberherrschaft (Malcolm 1994: 52–54). Weder war der Übertritt zum Islam für bosnische Grundbesitzer eine Voraussetzung, ihre Besitztümer behalten zu dürfen, noch mussten Bosnier Muslime werden, um zu Wohlstand zu gelangen, denn die osmanischen Gebiete waren von reichen nichtmuslimischen Kaufleuten übersät (ebd.: 64 f.). Es gab einen

stetigen Exodus von Katholiken auf der Flucht vor tatsächlicher oder befürchteter Verfolgung, aber die beliebtere orthodoxe Kirche gewann sogar noch neue Anhänger, Klöster und Kirchen hinzu. Dies erstaunt, da ihre Infrastruktur weiterhin zu schwach war, der allmählichen Islamisierung Bosniens Widerstand zu leisten (ebd.: 52–57, 70 f.). Der Übertritt zum Islam brachte durchaus einige praktische und karrieremäßige Vorteile mit sich. Christen konnten keine Gerichtsverfahren gegen Muslime anstrengen oder vor einem muslimischen Gericht gegen Muslime aussagen. Die muslimische Religion wurde auch zunehmend zur Voraussetzung, wollte man osmanischer Beamter werden.

Die Verbreitung des Islam ging auch mit dem Wachstum neuer, weitgehend muslimischer Städte wie Sarajevo oder Mostar einher. Sklaven und Leibeigene, die zum Islam konvertierten, konnten ihre Freilassung beantragen; besonders sie zog es in diese aufstrebenden Städte (ebd.: 65–67). Aber entgegen den oben zitierten Behauptungen bulgarischer Historiker wurde der Islam dem Balkan nicht mit Gewalt oder mittels einer groß angelegten türkischen Kolonisierung der Halbinsel aufgezwungen. Die Lehre des Islam verlangte ausdrücklich, Christen und Juden als „Völker der Schrift“ (der Heilsverkündigung) und Brüder im Glauben an den „einen Gott“ politisch und religiös zu tolerieren, solange sie nicht gewaltsam Widerstand leisteten oder Verrat am Islam übten (in einem solchen Fall durften sie „bestraft“ werden). Nachdem die Osmanen 1453 Konstantinopel, die Festung des östlichen orthodoxen Christentums und der byzantinischen Kultur, eingenommen hatten, entweihten und zerstörten sie diese doch nicht in dem Ausmaß, wie es 1204 die katholischen Kreuzfahrer getan hatten. Plünderungen und Brandschatzung wurden schnell eingedämmt, Blutvergießen eingeschränkt. Die osmanischen Sultane nahmen sich der bevölkerungspolitischen und architektonischen Entwicklung von Konstantinopel/Istanbul mit Vorbedacht an: Die Bevölkerungszahlen stiegen von weniger als 75.000 im Jahr 1453 auf zwischen 500.000 und 800.000 bis zum Jahr 1600 – damit war Konstantinopel die damals bei weitem größte Stadt Europas. Es war der wichtigste Umschlagplatz für Erzeugnisse aus agrarischer und handwerklicher Produktion der Balkanländer. Zudem waren die osmanischen Herrscher, weil sie mit militärischen Angelegenheiten beschäftigt waren, von Anfang an willens, einen Großteil der kommerziellen, administrativen, politischen, diplomatischen und kirchlichen Aufgaben ihren christlichen Untertanen in Selbstverwaltung zu überlassen. Der Islam schrieb auch vor, dass von Muslimen weniger und niedrigere Steuern zu erheben seien als von Nichtmuslimen. Deswegen waren die Osmanen, was ihre Staatseinkünfte betraf, unverhältnismäßig auf ihre christlichen Untertanen angewiesen. Die Christen waren folglich als solche sehr viel wertvoller für die Osmanen, als sie es als konvertierte Muslime gewesen

wären, sei es erzwungen oder freiwillig. Selbst die Islamisierung des Kosovo und Albaniens ging allmählich, ohne Zwang und unabhängig von türkischer Besiedlung vonstatten (Malcolm 1998: 93–115, 129–138, 164 f., 190–201, 228–235). Diese Prozesse brachten „europäische Muslime“ hervor (dieser Begriff birgt keinen stärkeren Widerspruch in sich als „europäische Christen“ oder „europäische Juden“), und diese – nicht die Einwohner türkischer Abstammung – stellten die breite Mehrheit der Muslime auf dem Balkan.

4.3 Die „Ruralisierung“ der christlichen Bevölkerung

Der größte gesellschaftliche Wandel, der eindeutig den langfristigen Auswirkungen der osmanischen Herrschaft zugeschrieben werden kann, war die weitverbreitete „Ruralisierung“ oder „Pastoralisierung“ der christlichen Bevölkerung. Dies geschah vor allem, weil viele Gegner der osmanischen Herrschaft aus den Städten ins Hochland flohen, in Gefangenschaft gerieten (häufig als Sklaven) oder im Königreich Ungarn Zuflucht suchten (das damals das engere Ungarn, Kroatien, das Banat und Siebenbürgen umfasste). Hingegen fanden viele von jenen, die mit den Osmanen „kollaborierten“, allmählich Eingang in die Schichten des Militärs, der Händler, in das Besteuerungs- und Verwaltungswesen oder wurden Landbesitzer, die sich zu gegenseitigem Schutz und Unterstützung vornehmlich in den größeren osmanischen Garnisonsstädten ansiedelten. Insgesamt „siedelten Türken in den Ebenen und an den Flussläufen auf dem östlichen und dem mittleren Balkan sowie in den Städten der gesamten Halbinsel. Viele Slawen verließen die Tieflandebenen, um sich im Hochland anzusiedeln, wo sie die Vlachen slawisierten, aber deren bäuerliche Lebensweise übernahmen“ (Stoianovich 1967: 116).

Die Osmanen bevölkerten viele der älteren Städte auf dem Balkan neu, bauten sie wieder auf und erweiterten sie, so zum Beispiel Adrianopel, Manastir (türk. hist., alban. Manastir, makedon. Bitola, serb. Bitolj), Sofia, Belgrad, Thessaloniki, Skoplje (serb. hist., maked. Skopje, türk. hist. Üsküb), Janina (griech. auch Ioannina), Mostar, Banja Luka, Herceg-Novi (serb.), Athen und Philippopolis. Besonders während des kommerziellen Aufschwungs im 16. Jahrhundert gründeten sie auch viele neue Städte, darunter Sarajevo, Travnik (bosn.), Elbasan (alban.), Tirana und Yeni-pazar (türk. hist., serb. Novi Pazar). Da die Bevölkerung der Städte vornehmlich aus Muslimen bestehen sollte, während sie auf dem Land weiterhin überwiegend christlich war, wurden sie allmählich zu Sitzen der muslimischen Herrschaftsträger wie Landbesitzer, Steuereintreiber und Mittelsmänner. Die Dörfer hingegen wurden zum Symbol für „das Heim des unterdrückten und ausgebeuteten christlichen Bauern, Steuerzahlers und Nahrungsproduzenten“, so vor allem im christlichen Selbstbild. „Diese beiden Komponenten

der Gesellschaft wurden zu Repräsentanten für zwei unterschiedliche Lebensweisen, welche sich immer mehr voneinander entfernten (...). Nach dem Niedergang des Osmanischen Reichs dauerte der Dorf-Stadt-Konflikt an, obwohl die Stadt ihre türkische Prägung verlor“ (Vucinich 1962: 603). Es waren vor allem die christlichen Bauern auf dem Balkan, die – weitaus intensiver als die Stadtbevölkerung – das Christentum, christliche Kunst und Musik, mündliche epische Traditionen und Volksüberlieferungen vom Ruhm und Heldentum des Mittelalters am Leben erhielten.

Es wird allgemein anerkannt, dass die Osmanen einen weitreichenden Einfluss auf den Balkan ausübten, obwohl Uneinigkeit darüber herrscht, welcher Art ihr Einfluss war. Peter Sugar zufolge „zerstörte die Eroberung durch die Osmanen die größeren Einheiten, die von den (früheren; R. B.) Staaten in Südosteuropa repräsentiert wurden“, und schuf an ihrer Stelle „eine Vielzahl von theoretisch unabhängigen Einheiten, die zu klein waren, um Macht zu besitzen, aber groß genug, um nutzbringend zu funktionieren“ (Sugar 1977: 279). Er stellt weiterhin fest: „Der wichtigste Wandel, den die osmanische Herrschaft in Südosteuropa herbeiführte, war die großflächige demografische Veränderung des Gebiets“, einschließlich der Vertreibung der Serben nach Norden, der rumänischen Migrationen in das Banat und das Kreischgebiet (dt. hist., rumän. Crișana, ungar. Körösvidék) sowie der albanischen Migrationen in den Kosovo, nach Epirus und Makedonien (ebd.: 283). „Unter osmanischer Herrschaft fand eine ‚Balkanisierung‘ Südosteuropas statt“ (ebd.: 287).

Wayne Vucinich schlägt einen vergleichsweise antiosmanischen Ton an, wenn er behauptet, dass „die osmanische Herrschaft eine zerstörerische Wirkung auf das kulturelle Leben der meisten eroberten Nationen hatte (...). Das osmanische Regime vernichtete viele der spirituellen und materiellen Schätze der unterworfenen Völker. Mittelalterliche Staaten wurden ausgelöscht, die Sprösslinge des besiegten Adels umgebracht, Kirchen und Klöster beschädigt, Ländereien verwüstet, Siedlungen zerstört und große Teile der Bevölkerung in alle Richtungen vertrieben. Die christlichen Gemeinschaften wurden ihrer Entwicklungsmöglichkeiten beraubt und erhielten keinen vergleichbaren Ersatz. Außerdem wurden sie von den Städten und von der allgemeinen zivilisatorischen Entwicklung abgeschnitten und auf ein ländlich-bäuerliches Leben beschränkt. Infolge der langen türkischen Herrschaft wurden die Völker auf dem Balkan zu den ‚rückständigsten‘ Europas. Wie die Türken selbst waren sie von der Renaissance ausgeschlossen“ (Vucinich 1965: 68 f.). Vieles, wofür den Osmanen die Schuld zugeschrieben wird, existierte jedoch schon früher und wurde von ihnen lediglich übernommen oder weitergeführt (und nicht unbedingt eingeleitet). Die osmanische Eroberung dient(e) nationalistischen Historikern allzu häufig als

entschuldigende Erklärung für alle Arten von mangelnder Entwicklung. Für diese sind jedoch vielmehr geografische Gegebenheiten sowie lang andauernde Migrations- und Besiedlungsprozesse als die Herrschaft einzelner Völker „verantwortlich“ zu machen. Die Behauptung, Südosteuropa sei erst unter osmanischer Herrschaft „balkanisiert“, also multiethnisch zerstückelt worden (Sugar 1977: 287), kann mit Verweis darauf widerlegt werden, dass spätestens im 15. Jahrhundert

die Slawen einen breiten Gürtel von der Adria bis zum Schwarzen Meer unterworfen hatten. Die enteigneten Illyrer konzentrierten sich im heutigen Albanien, und die verstreuten Thrako-Daker tauchten als nomadische Vlachen des mittleren Hochlands und als Rumänen in den jungen Staaten jenseits der Donau, in der Moldau und Walachei, wieder auf. Diese ethnische Verteilung, wie sie sich in byzantinischer Zeit herausbildete, besteht mit kleinen Änderungen bis heute fort (Stavrianos 1958: 32).

Die Migrationsbewegungen zu Zeiten osmanischer Herrschaft veränderten die bestehende ethnische Verteilung nur marginal. Sie bildeten später den Anlass für die strittigen Gebietsansprüche auf den Kosovo, welcher zwar als die Wiege der serbischen Kultur zu verstehen ist, in der Folge jedoch mehrheitlich muslimisch wurde. Nichtsdestotrotz trugen diese Migrationen nicht viel dazu bei, die allgemeine Komplexität des ethnischen Flickenteppichs zu steigern, den die Osmanen im Wesentlichen erbten. Selbst wenn das Osmanische Reich nicht existiert hätte – der Nationalismus wäre auch so zur Gefahr auf dem Balkan im 19. und 20. Jahrhundert geworden. Das osmanische *millet*-System, das den meisten der verschiedenen Religionszugehörigkeiten und -gemeinschaften auf kommunaler Ebene weitreichende Autonomie gewährte, wird oft zur Wurzel aller möglichen sozialen und ökonomischen Übel erklärt. Es war aber nicht der Auslöser für die Komplexität des religiösen Mosaiks, die es in Südosteuropa geerbt hatte, sondern stellte lediglich ein Mittel dar, dieser Rechnung zu tragen, sie zu mildern und mit ihr zurechtzukommen (Shaw 1962; Bideleux, Jeffries 1998: 74–78). Die vereinfachende Schuldzuweisung an die Osmanen als Verursacher des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Entwicklungsrückstands auf dem Balkan gegenüber Teilen West- und Mitteleuropas verhindert, dass den nicht ethnisch begründeten, sondern ökologischen, geopolitischen und ökonomischen Faktoren, die sich der Kontrolle durch die Osmanen und ihre Vorgänger weitgehend entzogen, die gebotene Aufmerksamkeit geschenkt wird (ebd.: 82–99).

4.4 Natürliche und ökologische Faktoren

Unter osmanischer Herrschaft blieben die vornehmlich muslimischen und/oder christlich-orthodoxen Gebiete auf dem Balkan zweifellos hinter der wirtschaftlichen und kulturell-bildungsgeschichtlichen Entwicklung West- und Mitteleuropas zurück. Daraus folgt jedoch nicht, dass in erster Linie die osmanische Herrschaft dafür verantwortlich war. Auch der vornehmlich römisch-katholische Westen des Balkans, der sich zum größten Teil unter habsburgischer Herrschaft befand, lag in mancher Hinsicht hinter West- und Mitteleuropa zurück, obwohl er sich lebhafter entwickelte als die meisten muslimischen und christlich-orthodoxen Gebiete. Genauso wenig können der Niedergang und die Rückständigkeit der christlich-orthodoxen Gebiete auf dem Balkan einfach darauf zurückgeführt werden, dass diese sich bis zum 19. oder frühen 20. Jahrhundert nicht als unabhängige Nationalstaaten konstituierten. Das christlich-orthodoxe Russland war verglichen mit West- und Mitteleuropa ebenso unentwickelt, obwohl es seit dem 15. Jahrhundert eine nach außen hin starke und unabhängige zaristische Regierung hatte.

Nationalistische Historiker der Balkangebiete überschätzen politische Ereignisse und bagatellisieren oder ignorieren die Rolle von Umwelt- oder Lagefaktoren, durch die osmanische Institutionen, Politik und Eingriffe teilweise entlastet werden. Ökologische Erklärungen entbinden jedoch nicht von jeglicher menschlicher Verantwortung. Der Niedergang und die Rückständigkeit der Wirtschaft auf dem Balkan sind teilweise Folgen einer jahrhundertelangen Umweltzerstörung durch Überweidung, Rodung und Bodenerosion an den Balkangebirgen. Millionen von Bauern und Landbesitzer auf dem Balkan spielten (wenn auch unfreiwillig) eine bedeutende Rolle für diese ökologische Katastrophe.

Das vornehmlich hügelige oder gebirgige Gelände des Balkans galt als ungeeignet für den Ackerbau. Deswegen hielten Grundbesitzer und Bergbauern viele Schafe und Ziegen (in geringerem Umfang auch Schweine, Esel und Maultiere). Diese neigen dazu, das Gras bis auf die Stoppeln abzufressen; sie knabbern Blätter, Triebe und Sprösslinge an. So entziehen sie den Berghängen den natürlichen Schutz der Vegetationsdecke, während sie mit ihren Hufen die Erde und kleine Steine lösen. Dadurch wird wiederum der Humus leichter von den (manchmal unwetterartigen) mediterranen Niederschlägen weggespült und das kurz genagte Gras schneller von der starken Sommersonne ausgetrocknet; gleichzeitig führt das Abtragen von Humus- und schützender Vegetationsdecke auch zu immer mehr Regenwasserverlusten. Folglich trocknen Boden und Vegetation im Sommer aus, was die Gefahr von Waldbränden, Buschfeuern und Entwaldung ansteigen lässt. Diese wiederum verringern die Verankerung des Erdreichs, die

Wasserspeicherung und Feuchtigkeit noch weiter und können zu einem trockeneren Klima führen.

Das Ergebnis ist, dass ehemals üppig bewachsene Hügel und Berghänge mit der Zeit nur noch für die Haltung von Schafen, Ziegen, Eseln und Maultieren geeignet sind. Die Situation verschlimmert sich stetig, bis der zunehmend unfruchtbare und ausgetrocknete Boden nicht einmal mehr diese genügsamen Tiere ernähren kann. Dann werden sie auf der Suche nach frischen Weideflächen weitergetrieben, und der ökologische Teufelskreis beginnt von vorn. Als Folge verwandelten sich weite Abschnitte ehemals üppigen, feuchten und fruchtbaren Geländes in karges Buschland, das nicht einmal mehr Schafe, Ziegen, Eseln und Maultieren genügt. Die Auswirkungen haben sich noch dadurch verschlimmert, dass jahrhundertlang unkontrolliert gerodet wurde, um Brennstoff, Material für Holzbehausungen sowie den Boots- und Schiffbau zu gewinnen. Auf dem Balkan, wie überall in Mitteleuropa, hätten höchstens Regierungen von äußerst drakonischen Umweltschützern jene ökologische Zerstörung abwenden können, zu der über Jahrhunderte hinweg Millionen von Menschen unfreiwillig beitrugen. Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob das osmanische, byzantinische oder irgendeines der übrigen Staatsgebilde in dieser Region in der Lage gewesen wäre, wirksame umweltpolitische Beschränkungen durchzusetzen – selbst wenn sie deren Notwendigkeit ganz eingesehen hätten.

Das Ergebnis war die schrittweise Verarmung der Gebirgsregionen des Balkans. Dies hatte einen Rückgang des Steuerpotenzials, damit des Investitionspotenzials für Bildung, Infrastruktur und Marktintegration sowie der Nachfrage nach Produkten aus der Stadt und des Handwerks zur Folge. Auch verringerten sich dadurch die Entwicklungsmöglichkeiten jener Industrie, welche auf die landwirtschaftlichen Rohmaterialien angewiesen war. Auf diese Weise wurde die spätere Entvölkerung dieser erodierten Gebirgsregionen durch massenhafte Emigration eingeläutet.

Das in weiten Teilen sumpfige Tiefland war jedoch besonders anfällig für Pest, Malaria, Scharlach, Diphtherie und andere Epidemien. Die beeindruckenden Hydrauliksysteme aus alter römischer Zeit zeigen die Entwicklungsmöglichkeiten des Landes auf, aber im Mittelalter, unter bulgarischer, serbischer, byzantinischer und später unter osmanischer Herrschaft, ließ man sie verfallen. Dies, in Verbindung mit langen Zeiträumen örtlicher Misswirtschaft und kriegerischer Auseinandersetzung, veranlasste einen Großteil der Bevölkerung des Balkans, in die weniger fruchtbaren (dafür aber sichereren und gesünderen) höher gelegenen Regionen zu ziehen.

Auch die Tatsache, dass das osmanische Steuersystem, wie zuvor das byzantinische, Ackerland viel stärker belastete als Weideland, trieb viele Bauern in die Hügel und Berge, wo es schwieriger war, die Steuern einzutreiben. Solche Reaktionen verstärkten nur den Bevölkerungsdruck, die Überweidung und den ökologischen Schaden in den Gebirgsregionen

des Balkans. Außerdem eigneten sich das trockene Mittelmeerklima, die dünne Erdschicht und das unwirtliche Gelände in weiten Teilen des Balkans von Natur aus weniger für die neuen Wurzelgemüse (Steckrüben, Kohlrüben, Bete und Kartoffeln), Gräser, Klee, den Fruchtwechsel, schwerere Pflüge, schwerere Pferde, schwerere Wagen und ausgefeilte Mischanbausysteme. Diese bildeten das Herzstück der Agrarrevolution in Nordwesteuropa, die von einem gemäßigteren Klima, tieferen Bodenschichten und besser bewohnbaren Ebenen profitierte. Im 17. und 18. Jahrhundert verbreiteten sich auch bei den Bauern des Balkans einige wichtige neue Feldfrüchte (wie Mais, Baumwolle und Tabak). Aber anders als die neuen Feldfrüchte, die in Westeuropa eingeführt wurden, verfügten jene nicht über das Potenzial, die Landwirtschaft auf dem Balkan zu revolutionieren. Die eigentliche Agrarrevolution auf dem Balkan fand erst zwischen den fünfziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts statt. Sie ging mit der Entwicklung von modernen Bewässerungsanlagen, Hochwasserschutz- und Abwassersystemen, Mechanisierung und Ausbau der Infrastruktur sowie der Ausdifferenzierung landwirtschaftlicher Berufe einher.

4.5 Bevölkerungsschwund

Es herrscht allgemeine Übereinstimmung darüber, dass die Bevölkerungszahlen in den osmanischen Balkangebieten, nachdem sie während der *Pax Ottomanica* im 15. und 16. Jahrhundert angestiegen waren, während des 17. und 18. Jahrhunderts stark zurückgingen. Einigen gut begründeten Schätzungen zufolge verringerte sich die Gesamtbevölkerung dramatisch von mindestens acht Millionen im Jahr 1600 bis zum Jahr 1750 auf weniger als drei Millionen (Lampe, Jackson 1982: 37 f., 48 f., gestützt durch McGowan 1997: 652). Dies scheint den oben zitierten Behauptungen aus einem nationalistisch-kommunistischen Lehrbuch vom Balkan beinahe Glaubwürdigkeit zu verleihen, nach denen „ein beträchtlicher Teil der bulgarischen Bevölkerung unter türkischer Herrschaft umgebracht“ und „die einheimische Balkanbevölkerung unter der türkischen Herrschaft halbiert wurde“ (Gyuzeliev 1981: 30).

Für diesen massiven Bevölkerungsschwund im Osmanischen Reich ist jedoch kein – wie das Zitat suggeriert – Genozid, sondern sind Faktoren verantwortlich wie wachsende Anarchie, zunehmende Verarmung, Epidemien und Massenmigrationen von Bauern aus dem fruchtbaren, aber ungeschützten Tiefland in die relative Sicherheit der abgelegenen, dafür unfruchtbaren Gebirgsregionen. Die Migration reichte selbst in entferntere Gegenden wie das Habsburgerreich und Russland (Faroqi 1997: 442). Ein großer Teil des Bevölkerungsschwundes ist auf durch Krisen ausgelöste Migration oder „Flucht“ zurückzuführen, wodurch man den Auswirkungen

von Krieg, wirtschaftlicher Härte, Verwüstungen, Banditentum, Epidemien oder allgemeiner Unsicherheit zu entkommen trachtete. Migration und Entvölkerung in dieser Größenordnung müssen sich wiederum lähmend auf die ökonomische und fiskalische Basis des osmanischen Staates ausgewirkt haben, indem sie dessen Verteidigungsfähigkeit gegen die immer stärker werdenden Mächte Habsburg und Russland schwächten. Es ist umso bemerkenswerter, dass das Osmanische Reich erst ab den neunziger Jahren des 17. Jahrhunderts europäisches Gebiet verlor und den größten Teil davon bis 1877/1878 halten konnte.

Allerdings muss betont werden, dass Schätzungen zu den Bevölkerungszahlen in den osmanischen Balkangebieten (wie für das Reich insgesamt) für die Zeit vor dem 19. Jahrhundert extrem unzuverlässig sind. Vor 1831 gab es in keinem Teil des Reichs eine Volkszählung (McGowan 1997: 652). Die einzige Grundlage für Schätzungen der Bevölkerungszahlen für die Zeit vom 15. bis zum Ende des 17. Jahrhunderts bieten die osmanischen Steuerregister. Diese erfassen jedoch nur die nichtmuslimische Bevölkerung, da Muslime von der Kopfsteuer befreit waren, und diese eher auf Basis der *han/-e* (türk., dt. Haushalt). „Es ist jedoch unmöglich, auf Basis dieser Zahlen die nichtmuslimische Bevölkerung auch nur annähernd zu schätzen“ (Inalcik 1997: 25). Nichtsdestotrotz wurden Schätzungen vorgenommen. Zum Beispiel enthalten die osmanischen Steuerregister für das Jahr 1491 Aufzeichnungen zu etwa 674.000 nichtmuslimischen Haushalten in den osmanischen Balkangebieten, welche die Kopfsteuer entrichten mussten. Halil Inalcik unterstellt, dass daraus bei einem Anteil von sechs Prozent Steuerbefreiten und bei fünf Personen pro Haushalt für das Jahr 1491 eine nichtmuslimische Bevölkerung von circa vier Millionen in den Balkangebieten folge (ebd.: 26). Aber selbst unter Berücksichtigung der *Pax Ottomanica* und eines zwischenzeitlich beträchtlichen Zustroms muslimischer Einwohner ist dies schwerlich mit den oben zitierten Schätzungen einer Bevölkerung von acht Millionen für das Jahr 1600, gerade 109 Jahre später, in den osmanischen Balkangebieten in Einklang zu bringen. Die Durchschnittsgröße und die Religionszugehörigkeit eines Haushalts haben sich im Laufe der Zeit oftmals verändert. Insbesondere hatte das große Ausmaß von Migration, Krieg, Epidemien und Wirtschaftskrisen unweigerlich auf einzelne Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Auswirkungen. Dadurch sind verlässliche Vergleiche zwischen verschiedenen Zeitabschnitten so gut wie unmöglich. Nach 1695 wird aus den Steuerregistern ersichtlich, dass man sich auf eine Erhebung der Kopfsteuer pro Person statt pro Haushalt (McGowan 1997: 713) verlegte. Dies macht Vergleiche zwischen steuergestützten Schätzungen zu den Bevölkerungszahlen im 18. Jahrhundert und jenen zum Zeitraum vor 1695, die auf der Anzahl der Haushalte basieren, noch weniger glaubwürdig. Der einzig sichere Schluss ist, dass die

Bevölkerungszahlen in den osmanischen Balkangebieten während des 15. und 16. Jahrhunderts insgesamt anstiegen und im Verlauf des 17. und frühen 18. Jahrhunderts insgesamt sanken.

Der Bevölkerungsschwund im 17. und frühen 18. Jahrhundert war keine Besonderheit der osmanischen Balkangebiete, sondern fand überall im europäischen Mittelmeerraum statt, zum Beispiel auf der Apenninen- und der Iberischen Halbinsel, die in dieser Zeit der Klimaabkühlung, der sogenannten „Kleinen Eiszeit“, einen vergleichbaren wirtschaftlichen Niedergang erlebten. Sie wurden von Verarmung, Banditentum und Anarchie sowie Epidemien überzogen. Für die Balkanhalbinsel fällt jedoch das Ausmaß der Massenfluchten oder Bevölkerungsmigrationen zwischen dem späten 17. und dem frühen 20. Jahrhundert auf. Zweifellos verschlimmerten sich diese aufgrund der militärischen Auseinandersetzungen um die Macht auf dem Balkan, welche zwischen den Osmanen, Habsburgern und dem Zarenreich ausbrachen. Dabei wurden immer wieder große Teile der Bevölkerung des Balkans vertrieben und das Osmanische Reich zum Vorteil seiner europäischen Rivalen geschwächt. Es wird auch vermutet, dass die muslimische Bevölkerung auf dem Balkan durch die Pest und andere Infektionskrankheiten stärker dezimiert wurde; zum einen weil sie überwiegend in Städten lebte, zum anderen weil sie auf solche Krankheiten ungewöhnlich passive Reaktionen zeigte, wodurch ihr Einfluss auf dem Balkan im 18. und 19. Jahrhundert sank (McNeill 1979: 176 f.).

4.6 Kategorien des osmanischen Landbesitzes

Üblicherweise werden in der Geschichtsschreibung über das Osmanische Reich die zwei Jahrhunderte zwischen circa 1600 und 1800 als Wandel der Besitzverhältnisse und Sozialstrukturen in den Balkanprovinzen dargestellt und diese als Haupterklärung für den militärischen und wirtschaftlichen Niedergang des Reichs angeführt. Das osmanisch-islamische Recht, wie auch das römische und das byzantinische, kannte folgendes Grundeigentum: 1) Obereigentum (arab. *raqaba*, lat. *dominium eminens*), 2) Unter- oder Nutzereigentum (arab., türk. *tas[s]aruf*, lat. *dominium utile*) und 3) Nießbrauch (lat. *usus fructus*).

Inalcik betont überzeugend eher die Kontinuitäten als die Kontraste zwischen den byzantinischen und den osmanischen Landbesitz- und Landregulierungssystemen (Inalcik 1997: 105 f., 143–153). Während der ersten beiden Jahrhunderte des Osmanischen Reichs wurden neunzig Prozent der gesamten Landfläche unter die oberherrschaftliche Gewalt (lat. *dominium eminens*) der osmanischen Sultane gestellt (ebd.: 105). Sie verteilten das Land als zeitlich begrenzten Besitz in Form eines *tîmar* an ihre Untertanen und die *sipahi* (Reiter), als

Entschädigung für militärische Dienste, während die Bauern das Recht auf Nießbrauch behielten. Dementsprechend gab es kaum vererbbaren Landbesitz. Die *sipahi* konnten von den Bauern, die auf ihrem *tîmar* lebten, etwa drei Tage Arbeit *pro Jahr* einfordern (gegenüber den zwei oder drei Tagen *pro Woche*, welche die Herren in den christlichen Balkanstaaten des späten Mittelalters verlangt hatten). Außerdem standen ihnen zehn bis zwanzig Prozent der Ernte für den Unterhalt ihrer Kavalleriepferde sowie die Einkünfte aus bestimmten Steuern (insbesondere der Kopfsteuer, die auf erwachsene nichtmuslimische Männer im Ausgleich für den Militärdienst erhoben wurde) zu.

Dies schuf anfangs eine erfolgreiche sozioökonomische Basis für die osmanische Kriegsmaschinerie. „Während des 16. Jahrhunderts waren die Macht und die Reichweite der Befehlsgewalt von oben zu groß, als dass Personen von lokalem Rang feudale oder andere Gewohnheitsrechte für sich selbst hätten abschneiden können“ (Lampe, Jackson 1982: 23 f.).

Ab den neunziger Jahren des 16. Jahrhunderts kam es hier jedoch insofern zu bedeutsamen Änderungen, als die Kavallerie der *sipahi* militärisch obsolet wurde und sich die osmanische Gebietserweiterung allmählich verlangsamte (obwohl sie erst in den neunziger Jahren des 17. Jahrhunderts „in den Rückwärtsgang schaltete“). Allzu lange Versorgungswege und dazu immer geringere und härter erkämpfte Gebietseroberungen ließen weniger Spielraum für Plünderungen und die Aneignung neuer Ländereien. Aufgrund dessen wurde der Krieg von einer hochprofitablen Unternehmung zu einer Belastung für die osmanische Staatskasse. So konnte der Staat wiederum seinen Beamten immer weniger bezahlen, die zunehmend gezwungen waren, die Verdienstauffälle mittels Erpressung, der Annahme von Bestechungen, Veruntreuung und anderer Formen der Korruption wettzumachen (Faroqhi 1997: 434).

Diese Entwicklung führte wohl auch dazu, dass die *sipahi* und weitere Teile der Beamenschaft ihre Pfründe in Privateigentum, das *çiftlik*, umwandelten. Offensichtlich gingen sie dazu über, nun statt der äußeren Feinde des Sultans seine unglücklichen Untertanen auszurauben. Privateigentum wurde auch aus dem Grund sehr viel attraktiver, weil in den Städten und in Europa insgesamt die Nachfrage nach Nahrungsmitteln, Rohbaumwolle und Tabak stieg, gleichzeitig schnellten die Preise für Getreide und Land in die Höhe. In der Folge sollten die osmanischen Grundbesitzer ihren früheren kriegerischen Traditionen und Berufungen den Rücken gekehrt haben, um stattdessen das Land und diejenigen, die es bewirtschafteten, immer rücksichtsloser und profitgieriger auszubeuten. Die schwindende zentrale Kontrolle erleichterte dies, da der Staat so weniger Möglichkeiten hatte, die Habgier von Grundbesitzern, Steuerpächtern, Richtern und anderen Beamten sowie die Veruntreuung und widerrechtliche Aneignung von Staats- und Bauernland einzudämmen. Dieser Umstand

ermutigte Beamte, Steuerpächter und andere Verwaltungsträger, „mitzumischen“ und einen Großteil der Erträge zu behalten, zum Schaden sowohl der osmanischen Staatskasse als auch der zusehends verarmenden Bauernschaft. Nach und nach wurden viele *çiftlik*-Inhaber zu reichen und mächtigen Provinzfürsten, was zur Folge hatte, dass in den osmanischen Gebieten während des 17. und 18. Jahrhunderts Gesetzlosigkeit, Willkür und Machtmissbrauch zunahmen.

Viele dieser Entwicklungen haben sich verschärft. Sowohl die Produktion und der Export von Erzeugnissen wie Getreide, Baumwolle, Rosinen, Oliven, Nüsse, Bohnen, Feigen, anderen Früchten, Gemüse, Tabak und Schweinefleisch als auch das Steuerpachtwesen sowie verschiedene Formen der Korruption und des Machtmissbrauchs nahmen zu. Bis zu den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts wanderten circa achtzig Prozent der Steuereinnahmen in die Taschen der Steuerpächter und Staatsbeamten, während nur circa zwanzig Prozent die osmanische Staatskasse erreichten – mit dem Ergebnis, dass die osmanischen Staatseinkünfte nur etwa ein Zehntel der französischen betrug (McGowan 1997: 714).

Seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts zeigen die Forschungen zur Agrargeschichte des Osmanischen Reichs jedoch, dass die Bedeutung des *çiftlik*-Systems überschätzt wurde. Die Bezeichnung *çiftlik* wurde unterschiedslos für alle Arten von ländlichen Anwesen gebraucht, vom kleinen Bauernhof bis hin zum Großgrundbesitz, der im Pachtsystem – das alles andere als einheitlich war – bewirtschaftet wurde. Das eigentliche *çiftlik*-System scheint sich auf jene Gebiete beschränkt zu haben, die günstige Rahmenbedingungen für die kommerzielle Landwirtschaft boten. Anfangs richtete sich diese weniger auf den Export nach Europa aus als auf den wichtigeren und leichter zugänglichen städtischen Markt von Konstantinopel/Istanbul (Faroqhi 1997: 447 f.). Tatsächlich kam die *çiftlik*-Landwirtschaft in Serbien, Montenegro und Rumänien kaum vor. In Bulgarien „machte sie in jenen Regionen, wo sie am verbreitetsten war, nur zwanzig Prozent des kultivierten Landes aus und in den übrigen gerade noch fünf Prozent“. Höchstens zehn Prozent der bulgarischen Bauern unterstanden dem *çiftlik*-System, und ein typischer *çiftlik* in Südbulgarien, Nordgriechenland oder Makedonien, wo das Gelände für den Ackerbau am besten geeignet war, umfasste kaum mehr als sechs bis zwölf Hektar (Lampe, Jackson 1982: 34–37; McGowan 1981: 69–79). Ein typischer *çiftlik* war demnach nicht größer als der durchschnittliche Grundbesitz eines russischen Bauern (dieser betrug 1905 elf Hektar; Bideleux 1987: 238). Noch im 18. Jahrhundert

war die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Einheiten sehr klein (...). Selbst in jenen begrenzten Gebieten, für die Monokulturen wie Baumwolle charakteristisch waren, war eine größere Einheit vielleicht lediglich eine Ansammlung von kleineren, ohne dass dies irgendeine Veränderung in der Art oder der Technik der Bodennutzung nach sich ziehen musste. „Hoch entwickelte Landwirtschaft“ gab es in der osmanischen Welt so gut wie nicht (McGowan 1997: 681).

Außerdem scheint es, dass die wachsende Macht und das Einkommen von Adeligen und Beamten (türk. *âyan*) weniger aus Umschichtungen bei den ländlichen Besitzverhältnissen herrührten als aus fiskalischer Nötigung und anderen organisierten Formen der Erpressung, Bestechung und Veruntreuung. Eine Verschärfung setzte durch das Nachlassen der zentralen Kontrolle über Beamte, Landbesitzer und Steuereintreiber in der Provinz sowie durch eine sehr viel stärkere Abhängigkeit von Steuerbauern ein (Lampe, Jackson 1982: 37). Das osmanische Eigentumsrecht war uneindeutig und schwer durchsetzbar, der Export landwirtschaftlicher Güter nicht zuletzt durch eine schlechte Infrastruktur weitestgehend unattraktiv. So war es für die Steuerbauern, Geldverleiher, Händler, Richter, Beamten, Janitscharen (türk. *yeni çeri*) und andere ausgediente Soldaten, die jetzt als lokale Potentaten und Unternehmer auftraten, im Allgemeinen leichter, die ansässigen Bauern auszubeuten, als diese zu vertreiben und ihre Höfe in kapitalistische Unternehmen umzuwandeln. Sie schlugen einfach den Weg des geringsten Widerstands und des geringsten Risikos ein.

Oft genügte es, den bislang garantierten Nießbrauch der Bauern abzuschaffen (...). Danach konnten die çiftlik-Besitzer alles, was die Bauern über das Existenzminimum hinaus produzierten, „absahnen“. Aber aufgrund der Weigerung der osmanischen Zentralverwaltung, die Enteignung der Bauern zu fördern oder gesetzlich abzusichern, verbunden mit begrenzten Handelsmöglichkeiten, lohnte es sich für örtliche Machtinhaber nicht, sich Landbesitz in ihrem eigenen Namen anzueignen, sprich die Enteignung der Bauern konsequent auf die Spitze zu treiben. Folglich bildeten weiterhin legale, halblegale und illegale Formen von Abgaben, die von den Kleinbauern zu entrichten waren, die Mittel der Wahl, mit denen sich die auf politischer Ebene herrschende Gruppe die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aneignete. Somit vollzogen örtliche Machtinhaber nur selten den Wandel hin zu landwirtschaftlichem Unternehmertum (Faroqhi 1997: 448–451).

Immer langwierigere Kriege, örtlich verbreitetes Banditentum, zunehmende gesellschaftliche Unruhen, Massenfluchten und andere Formen der Migration machten es unmöglich, die osmanischen Vorschriften durchzusetzen, die im 16. Jahrhundert die Bauern an ihre Dörfer und an die Scholle banden (ebd.: 436). Eine Zweite Leibeigenschaft wurde im Osmanischen Reich im Unterschied zu Ostmitteleuropa und Russland nicht eingeführt, weil es keinen erblichen Landadel mit einem starken *esprit de corps* und einer etablierten Machtbasis gab (ebd.: 550). In Südosteuropa konnte sich dieses System einzig in Kroatien entwickeln, das als Teil der ungarischen Krone stark von Ungarn beeinflusst war, sowie in der halbautonomen Walachei und der Moldau, wo allerdings die wirtschaftlich abhängigen rumänischen Bauern, die im 15. und 16. Jahrhundert auf Landgütern arbeiteten, „nicht als Leibeigene im eigentlichen Sinn bezeichnet werden können, denn sie behielten zum Teil das Recht auf Eigentum und konnten sogar ihren Wohnort wechseln“ (Sugar 1977: 117). Als während des 17. Jahrhunderts die rumänischen Gutsbesitzer mächtiger wurden und ihre Forderungen nach Abgaben in Form von Geld, Naturalien und Arbeit steigerten, „wurde die Bauernschaft beinahe auf die Stufe von Leibeigenen herabgesetzt“ (ebd.: 126). Die weiterhin hohe Mobilität der Bauern (einschließlich der guten Möglichkeiten zur Flucht in angrenzende Gebiete) erschwerte die Vollziehung der Leibeigenengesetze, die angeblich im frühen 17. Jahrhundert erlassen worden waren (McGowan 1997: 683). Zwischen 1741 und 1746 verlor zum Beispiel die Walachei die Hälfte ihrer Bauernfamilien durch Emigration (Sugar 1977: 137). Die vollständige rechtliche Überführung der rumänischen Bauernschaft in den Leibeigenenstand nach dem Modell der Zweiten Leibeigenschaft fand jedoch erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts statt (ebd.: 137 f.), als die Walachei und Moldau besser in die internationale Wirtschaft integriert wurden und sich die Exportmöglichkeiten für landwirtschaftliche Produkte aus Fronarbeit bedeutend ausweiteten.

Es sticht ins Auge, dass die Potentaten, die unter osmanischer Herrschaft aufstiegen und die bäuerliche Gesellschaft auf dem Balkan dominierten, wie schon früher im Byzantinischen Reich, ihre Machtstellung nicht primär dem Besitz oder der Kontrolle des Bodens verdankten. Von Bedeutung waren eher ihre Rollen und Vorrechte als Verwaltungsträger – sei es als Beamte, Militäroffiziere, Richter oder Steuerbauern. Sie bereicherten sich auf Kosten der Bauernschaft, der Handwerker, der kleinen Händler und des Staates vor allem dadurch, dass sie viel höhere Abgaben oder auch Strafgelder einzogen, als sie dann tatsächlich an die Staatskasse weitergaben, sowie durch Veruntreuung, die Annahme von Bestechungen und organisierte Erpressung. Falls sie überhaupt Land besaßen, stellte dies mehr eine *Manifestation* als eine *Quelle* ihrer Macht und ihres Reichtums dar. Die von den osmanischen

Potentaten wie von ihren byzantinischen Vorgängern ausgeübte Landesherrschaft verhinderte die Ausbildung unabhängiger Handelsmächte. Suraiya Faroqhi stellt fest, dass unter den Osmanen „nicht einmal die größten Händler mit einem mittleren Angehörigen der politischen Klasse, wie etwa einem Hilfsgouverneur (osman. sanğaqbeyi), konkurrieren konnten, was den Wohlstand betraf, ganz zu schweigen von Beamten, die in der Verwaltungshierarchie noch höher rangierten (...). Während des 16. und 17. Jahrhunderts standen sogar reiche Händler unter der Kontrolle der politischen Klasse“ (Faroqhi 1997: 546). Aufgrund dessen verhielten sich die Reichen und Mächtigen weiterhin dem Staat gegenüber unterwürfig. Sie waren auf dessen Gunst angewiesen, um ihre Macht zu behalten. Privateigentum in Form von Land und Unternehmenskapital bildete sich nicht in der gleichen Weise heraus wie in Westeuropa. Die Mächtigen trachteten in erster Linie nach Ämtern und Einfluss, weniger nach Produktionsinvestitionen und unternehmerischer Freiheit – nicht zuletzt daher rührt das auffällige Fehlen von ausdifferenzierterer Landwirtschaft auf dem Balkan. Westliche Grundbesitzer mögen Untertanen genauso ausgebeutet haben wie byzantinische und osmanische Beamte, Militärbedienstete, Steuerbauern und andere Mittelsmänner; doch diese Balkanpotentaten verhielten sich schlicht parasitär und entwicklungsfeindlich. Diese tief verwurzelten Machtstrukturen gehören zu den Hauptursachen für die „relative Rückständigkeit“ oder „verzögerte Entwicklung“ des Balkans, verglichen mit dem westlichen Europa. Ihre Ursprünge lassen sich bis in die spätrömische Zeit zurückverfolgen, wo der Staat in die Wirtschaft eingriff, um diese vor der „Bedrohung der Barbaren“ zu schützen. Unter den stark etatistisch geprägten nationalistischen, faschistischen und kommunistischen Regimes des 20. Jahrhunderts bestanden sie weiter. Einmal etabliert sind sie schwer auszurotten, wie man in jüngerer Zeit unter Iliescu in Rumänien, unter Milošević in Serbien und unter Tuđman in Kroatien beobachten konnte. Ein großer Teil der Bevölkerung wird zu Komplizen ihres Erhalts und akzeptiert Bestechung, Korruption und Erpressung als Überlebenshilfe und Mittel zur Bereicherung. Daran kann letztendlich jeder teilhaben, der über genügend Rücksichtslosigkeit und Erfahrung mit den „Spielregeln“ verfügt. Diese Praktiken sind also durchaus mit beträchtlichen sozialen Aufstiegsmöglichkeiten vereinbar, wirken sich aber langfristig lähmend auf die Entwicklung aus. Die Gesellschaft wird zur Geisel dieser korrupten Machtverteiler, die danach trachten, jegliche unabhängige Quelle von Macht und Reichtum auszuschalten. Somit belebten und vertieften die landwirtschaftlichen Strukturen, die in osmanischer Zeit den Balkan prägten, Traditionen, die das öffentliche Leben und die wirtschaftliche Entwicklung hier bis zum heutigen Tage behindern.

4.7 Die Peripherisierung Südosteuropas

Der östliche Mittelmeerraum verlor durch die Verlagerung der internationalen Handelswege infolge der Erschließung Amerikas, Afrikas und Südostasiens nachhaltig an wirtschaftlicher Bedeutung. Dies geschah infolge des Aufstiegs des atlantischen Wirtschaftsraums, der Entwicklung transozeanischer Segelschiffe sowie durch die westeuropäischen Entdeckungsreisen in die Neue Welt und um Afrika herum nach Indien und in den Fernen Osten. 1497 umschifften die Portugiesen das Kap der Guten Hoffnung, 1498 erreichten sie Kalkutta, eroberten 1510 Goa (Indien) und nahmen 1511 Malakka (Malaysia) ein (den Schlüssel zur Macht über die molukkischen „Gewürzinseln“). Damit konnten die Portugiesen erfolgreich die traditionellen Handelswege durch den östlichen Mittelmeerraum sowie über Syrien, Ägypten, Kleinasien und Persien nach Osten umgehen.

Trotz der Konkurrenz der Portugiesen im Roten Meer, dem Persischen Golf und dem Indischen Ozean erlebte der den Landweg nehmende (muslimische) Handel mit Gewürzen nach der Eroberung Syriens, Palästinas, Ägyptens und der Arabischen Halbinsel durch die Osmanen 1516–1517 eine Renaissance. Gewürze ließen sich über die Karawanenstraßen weitaus besser transportieren als auf der langen, feuchten und sturmgeschüttelten Seeroute um das Kap der Guten Hoffnung. Nach dem 16. Jahrhundert gingen jedoch der Gewürzhandel und die damit verbundenen Zölle und Einkünfte stetig zurück. In weiten Teilen Mittel-, West- und Nordeuropas sorgten neue Sorten von Wurzelgemüse und effizientere Anbaumethoden allmählich dafür, dass frisches Fleisch das ganze Jahr über vorhanden war; daher „waren Gewürze nicht mehr so wesentlich, um den Hautgout überreifen Fleisches zu verdecken“ (Jones 1991: 206).

Zudem lässt sich ab dem 17. Jahrhundert beobachten, dass „die Machtetablierung Hollands und Großbritanniens in Asien und die Verlagerung der Welthandelswege auf die offenen Meere die Türkei des größten Teils ihres Außenhandels beraubten und sie sich, zusammen mit den Ländern, über die sie herrschte, in totem Wasser fand, durch das der Leben spendende Strom des Welthandels nicht länger floss“ (Lewis 1961: 28).

Der östliche Mittelmeerraum und die Schwarzmeerregionen, einst die Pole des interkontinentalen Handels, erlitten viel mehr als einen quantitativen Rückgang von Handel und Schifffahrt; sie blieben außerdem weitgehend ausgeschlossen von der Entwicklung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen und der Neuen Welt, deren entscheidende Anreize und zusätzliche Ressourcen sich fast nur dem westlichen Europa erschlossen. Die Chancen für die Entwicklung Westeuropas wuchsen durch den Zugewinn von Fischgründen, Edelmetallen, Forsterzeugnissen, Naturfasern, Gemüsearten sowie neuen Absatz- und Investitionsmärkten

stetig, die durch das Vordringen Westeuropas in die Neue Welt und in geringerem Ausmaß auch in Asien zugänglich wurden (Jones 1991: 93–97). Die Lage an der Atlantikküste und die Aufgeschlossenheit der westeuropäischen Staaten gegenüber abenteuerlichen und systematischen Entdeckungsreisen sowie Innovationen auf dem maritimen Sektor ermöglichten ihnen „einen relativ billigen Zugang zu den ergiebigen, nunmehr in Reichweite gelangten Naturschätzen Amerikas und der Weltmeere und zu großen ausländischen Märkten“ (ebd.: 91 f., 260). Dies half den westeuropäischen Staaten, zahlenmäßig große Bevölkerungen zu ernähren, die in den hier aufstrebenden nichtagrarischen Wirtschaftssektoren beschäftigt waren. Damit trat das Europa des Mittelmeerraums (einschließlich des Balkans) seine frühere Stellung als urbanisierter Teil des Kontinents an die aufstrebenden Atlantikmächte ab. Zusätzlich regte die transozeanische Wirtschaft die Entwicklung von Mathematik, Astronomie, Optik, Kartografie, Zeitmessung und Physik enorm an, was wiederum im Mittel- und Westeuropa des 17. Jahrhunderts die „Revolution in den Naturwissenschaften“ und die Entstehung einer stärker säkularen Wissenschaftskultur möglich machte. Aufgrund dieser Veränderungen kam Westeuropa sowohl dem Mittelmeerraum als auch Ostmitteleuropa mit revolutionären Entwicklungen in den Naturwissenschaften, im Handel und später in der Industrie zuvor. Die Formen der Schifffahrt (einschließlich sklavenbetriebener Galeeren) und die Navigationstechniken, die im Mittel- und Schwarzmeerraum noch im Einsatz waren, ließen sich nicht so einfach an den transozeanischen Handel anpassen. Der östliche Mittelmeerraum sollte bis zur Öffnung des Sueskanals im Jahr 1869 wirtschaftliche Provinz bleiben.

Während des 17. Jahrhunderts ging die demografische und wirtschaftliche Entwicklung auf dem Balkan zurück. Angesichts der starken ökonomischen Abhängigkeit der Osmanen von den Ressourcen der Balkanhalbinsel muss dies entscheidend zum wirtschaftlichen Niedergang des Osmanischen Reichs beigetragen haben. Als der Handel auf dem Balkan ab dem späteren 17. Jahrhundert wieder erstarke und die Bevölkerung anwuchs, war diese Renaissance auf die Produktion und den Export von Grunderzeugnissen zurückzuführen, denen aber das Entwicklungspotenzial für moderne Industrie, Handel und Finanzwesen fehlte und die den semiperipheren und abhängigen Status der Wirtschaft auf dem Balkan vom Osmanischen Reich verstärkten.

Der Dreißigjährige Krieg (1618–1648) machte Mittel- und Nordeuropa mit neuen Formen von Militärorganisation und -technologie vertraut, besonders mit dem Gebrauch leichter und beweglicher, mächtiger und zielgenauer schwedischer und holländischer, die Infanterie unterstützender Artillerie. Diesen Armeen waren die osmanische Kavallerie und die auf Belagerung ausgerichtete osmanische Geschütztechnik nicht gewachsen. Zudem

verselbständigten sich die Janitscharen, bis dahin der Kern der Infanterie. Die Kosten der Kavallerie stiegen absolut gesehen zwischen 1500 und 1650 mindestens um das Sechsfache und konnten nur von starken bürokratischen Apparaten (über welche Frankreich, später Österreich, Russland und Preußen verfügten) aufgebracht werden, denen die Effektivität des osmanischen Steuerwesens in jeder Hinsicht nachstand (Coles 1968: 188–191). Bis man im 17. Jahrhundert die Vorteile von höherer regelmäßiger Besteuerung erkannte, hatten sich mächtige persönliche Interessen herausgebildet, die solchen Steuern ablehnend gegenüberstanden oder aber entschlossen waren, die Erträge zur persönlichen Bereicherung in die eigene Tasche zu stecken. Zu diesem Zeitpunkt war es außerdem nicht mehr möglich, den Nachschub für ausgedehnte Kriege allein durch Plünderungen zu decken. Im 16. Jahrhundert konnten sich die osmanischen Truppen noch „von den Früchten des Bodens ernähren“, den sie eroberten, aber im 17. Jahrhundert waren die Armeen oft drei- bis viermal größer, und sie operierten in entvölkerten ländlichen Gebieten. Nach 1676³⁰ machten die Osmanen keine weiteren Gebietsgewinne in Europa, im Gegenteil, ihr Rückzug begann (ebd.: 188, 191). Außerdem tat es der osmanische Staat dem französischen, holländischen, britischen und habsburgischen Staat nicht gleich, die enge Allianzen mit reichen Händlern und Bankiers schmiedeten. Es gab wohl einige reiche Händler und Bankiers (oft Armenier und Juden), aber diese vermochten nicht die gleiche Rolle zu spielen wie ihre europäischen „Berufskollegen“. Dies hauptsächlich deshalb nicht, weil sie außerhalb der Gesellschaft lebten und aus diesem Grund keinen direkten politischen Einfluss ausüben konnten. Daher waren sie nicht in der Lage, einen institutionellen Rahmen oder eine Politik zu etablieren, die Finanzen, Handel und Industrie begünstigt und so möglicherweise dem osmanischen Staat aus seinen chronischen Geldnöten geholfen hätte. Dies trug dazu bei, dass aus den osmanischen Gebieten zunehmend nur noch Nahrungsmittel und Rohstoffe exportiert wurden und sie in finanzieller und kommerzieller Hinsicht zu „Anhängseln“ oder „Schutzgebieten“ der aufstrebenden kapitalistischen Staaten von Europa wurden.

Literatur:

Аксаков К. 1889: *Полное собрание сочинений*. Bd. I. Москва.

Baynes N. H., Moss H. (Hg.): *Byzantium: An Introduction to East Roman Civilization*. Oxford 1948.

Bernal M. 1987: *Black Athena: The Afro-Asian Roots of Classical Civilization*. Bd. I: *The Fabrication of Ancient Greece*. London.

³⁰ Tod des Köprülü Fâzıl Ahmets, eines hochgebildeten Großwesirs, der dem Osmanischen Reich über fünfzehn Jahre eine recht stabile innere Lage gesichert hatte.

- Bernal M. 1991: *Black Athena: The Afro-Asian Roots of Classical Civilization*. Bd. II: *The Archeological and Documentary Evidence*. London.
- Bideleux R. 1987: *Communism and Development*. London.
- Bideleux R., Jeffries I. 1998: *A History of Eastern Europe*. London.
- Biraben J. N., LeGoff J. 1975: The Plague of the Early Middle Ages. Forster R., Ranum C. (Hg.): *Biology of Man in History*. Baltimore, 48–80.
- Braudel F. 1975: *The Mediterranean and the Mediterranean World in the Age of Philip II*. Bd. II. London.
- Browning R. 1975: *Byzantium and Bulgaria*. London.
- Chirot D. (Hg.) 1989: *The Origins of Backwardness in Eastern Europe*. Berkeley.
- Coles P. 1968: *The Ottoman Impact on Europe*. London.
- Crampton R. 1997: *A Concise History of Bulgaria*. Cambridge.
- Dunn A. W. 1994: The Transition from Polis to Kastron in the Balkans. *Byzantine and Modern Greek Studies* 18, 60–80.
- Evans S. G. 1960: *A Short History of Bulgaria*. London.
- Fallmerayer J. Ph. 1830: *Geschichte der Halbinsel Morea während des Mittelalters*. Bd. I. Stuttgart.
- Faroqhi S. 1997: Crisis and Change, 1590–1699. Inalcik H., Quataert D. (Hg.): *An Economic and Social History of the Ottoman Empire, 1300–1914*. Bd. II. Cambridge, 411–636.
- Giurescu D. C. 1981: *Illustrated History of the Romanian People*. Bucharest.
- Grekov B. D. 1959: *Киевская Русь*. Москва.
- Gyuzelev V. 1981: Bulgaria: 1300 years. Bokov G. (Hg.): *Modern Bulgaria: History, Policy, Economy, Culture*. Sofia, 17–33.
- Haldon J. 1985: Some Considerations on Byzantine Society and Economy in the Seventh Century. *Byzantinische Forschungen* 10, 75–112.
- Haldon J. 1993: *The State and the Tributary Mode of Production*. London.
- Haldon J. 1995: *State, Army and Society in Byzantium*. Aldershot.
- Haldon J. 1997: *Byzantium in the Seventh Century: The Transformation of a Culture*. Cambridge.
- Harvey A. 1989: *Economic Expansion in the Byzantine Empire, 900–1200*. Cambridge.
- Hristov H. 1985: *A History of Bulgaria*. Sofia.
- Inalcik H. 1997: *An Economic and Social History of the Ottoman Empire, 1300–1600*. Cambridge.

- Jones E. L. 1991: *Das Wunder Europa*. Tübingen.
- Kaplan M. 1986: L'économie paysanne dans l'Empire byzantin du V^{ème} au X^{ème} siècle. *Klio* 68, 198–232.
- Kaplan M. 1992: *Les hommes et la terre à Byzance du VI^e au XI^e siècle: Propriété et exploitation du sol*. Paris.
- Kazhdan (Každan) A. 1993: State, Feudal and Private Economy in Byzantium. *Dumbarton Oaks Papers* 47, 83–100.
- Laiou A. 1977: *Peasant Society in the Late Byzantine Empire*. Princeton.
- Lampe J., Jackson M. 1982: *Balkan Economic History, 1550–1950*. Indiana.
- Lefort J. 1993: Rural Economy and Social Relations in the Countryside. *Dumbarton Oaks Papers* 47, 101–113.
- Lemerle P. 1979: *The Agrarian History of Byzantium, from the Origins to the Twelfth Century*. Galway.
- Lewis B. 1961: *The Emergence of Modern Turkey*. London.
- Liashchenko P. (Ljaščenko) 1949: *History of the National Economy of Russia*. New York.
- Липшиц Е. Е. 1945: Византийское крестьянство и славянская колонизация. *Византийский сборник*. Москва, 96–143.
- Липшиц Е. Е. 1947: Славянская община и ее роли в формировании византийского феодализма. *Византийский временник* 26, 144–163.
- Malcolm N. 1994: *Bosnia: A Short History*. Basingstoke.
- Malcolm N. 1998: *Kosovo: A Short History*. Basingstoke.
- Markova Z. 1981: Bulgarian National Revival. Bokov G. (Hg.): *Modern Bulgaria: History, Policy, Economy, Culture*. Sofia, 34–66.
- McGowan B. 1981: *Economic Life in Ottoman Europe: Taxation, Trade and the Struggle for Land, 1600–1800*. Cambridge.
- McGowan B. 1997: The Age of the Ayans, 1699–1812. Inalcik H., Quataert D. (Hg.): *An Economic and Social History of the Ottoman Empire, 1300–1914*. Bd. II. Cambridge, 637–758.
- McNeill W. H. 1964: *Europe's Steppe Frontier, 1500–1800*. Chicago.
- McNeill W. H. 1979: *Plagues and Peoples*. London.
- Ostrogorsky G. 1942: Agrarian Conditions in the Byzantine Empire in the Middle Ages.
- Clapham J. H., Power E. (Hg.): *The Cambridge Economic History of Europe from the Decline of the Roman Empire*. Bd. I. Cambridge, 194–223.
- Ostrogorsky G. 1968: *History of the Byzantine State*. Oxford.
- Patlagean E. 1977: *Pauvreté économique et pauvreté sociale à Byzance, 4^e–7^e siècles*. Paris.

- Quataert D. 1997: The Age of Reforms. Inalcik H., Quataert D. (Hg.): *An Economic and Social History of the Ottoman Empire, 1300–1914*. Bd. II. Cambridge, 759–943.
- Shaw S. 1962: The Aims and Achievements of Ottoman Rule in the Balkans. *Slavic Review* 21, 617–622.
- Stahl H. 1980: *Traditional Romanian Village Communities: The Transition from the Communal to the Capitalist Mode of Production in the Danube Region*. Cambridge.
- Stavrianos L. S. 1958: *The Balkans since 1453*. New York.
- Stoianovich T. 1960: The Conquering Balkan Orthodox Merchant. *Journal of Economic History* 20/2, 234–313.
- Stoianovich T. 1967: *A Study in Balkan Civilization*. New York.
- Struve P. 1942: Medieval Agrarian Society in its Prime. Clapham J. H., Power E. (Hg.): *The Cambridge Economic History of Europe from the Decline of the Roman Empire*. Bd. I. Cambridge, 418–437.
- Sugar P. 1977: *Southeastern Europe under Ottoman Rule, 1354–1804*. Seattle.
- Svoronos N. 1973: *Études sur l'organisation intérieure, la société et l'économie de l'Empire Byzantin*. London.
- Treadgold D. W. 1997: *A History of the Byzantine State and Society*. Stanford.
- Vasiliev A. A. 1952: *History of the Byzantine Empire, 324–1453*. Oxford.
- Vucinich W. 1962: The Nature of Balkan Society under Ottoman Rule. *Slavic Review* 21, 597–616.
- Vucinich W. 1965: *The Ottoman Empire: Its Record and Legacy*. Princeton.
- Wilkes 1994: *The Illyrians*. Oxford.

Aus dem Englischen übersetzt von Kerstin Pietzonka-Findlay